

Presseinformation

Gießen, den 27. März 2025

Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 für das Polizeipräsidium Mittelhessen

Polizeipräsident Torsten Krückemeier und Abteilungsdirektor Erik Hessenmüller stellen gemeinsam die Polizeiliche Kriminalstatistik für Mittelhessen vor:

„Die weiterhin positive Entwicklung der Kriminalstatistik in Mittelhessen ist vor allem ein Verdienst der engagierten Arbeit unserer Beamtinnen und Beamten. Sie stehen Tag für Tag dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger in den mittelhessischen Städten und Gemeinden sicher leben. Dafür gebührt ihnen unsere Wertschätzung und größter Respekt“ dankt **Polizeipräsident Torsten Krückemeier** allen Polizistinnen und Polizisten für ihren unermüdlichen Einsatz.

- **Kriminalität auf Vorjahresniveau – stabile Sicherheitslage in Mittelhessen**
- **Polizei setzt auf gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratiestärkung**
- **Respektvolles Miteinander für eine sichere und gerechte Zukunft**

Gießen. Polizeipräsident Torsten Krückemeier und der Leiter der Abteilung Einsatz, Abteilungsdirektor Erik Hessenmüller, haben heute die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2024 für das Polizeipräsidium Mittelhessen sowie die der Landkreise Gießen

und Marburg-Biedenkopf sowie des Wetteraukreises und des Lahn-Dill-Kreises vorgestellt.

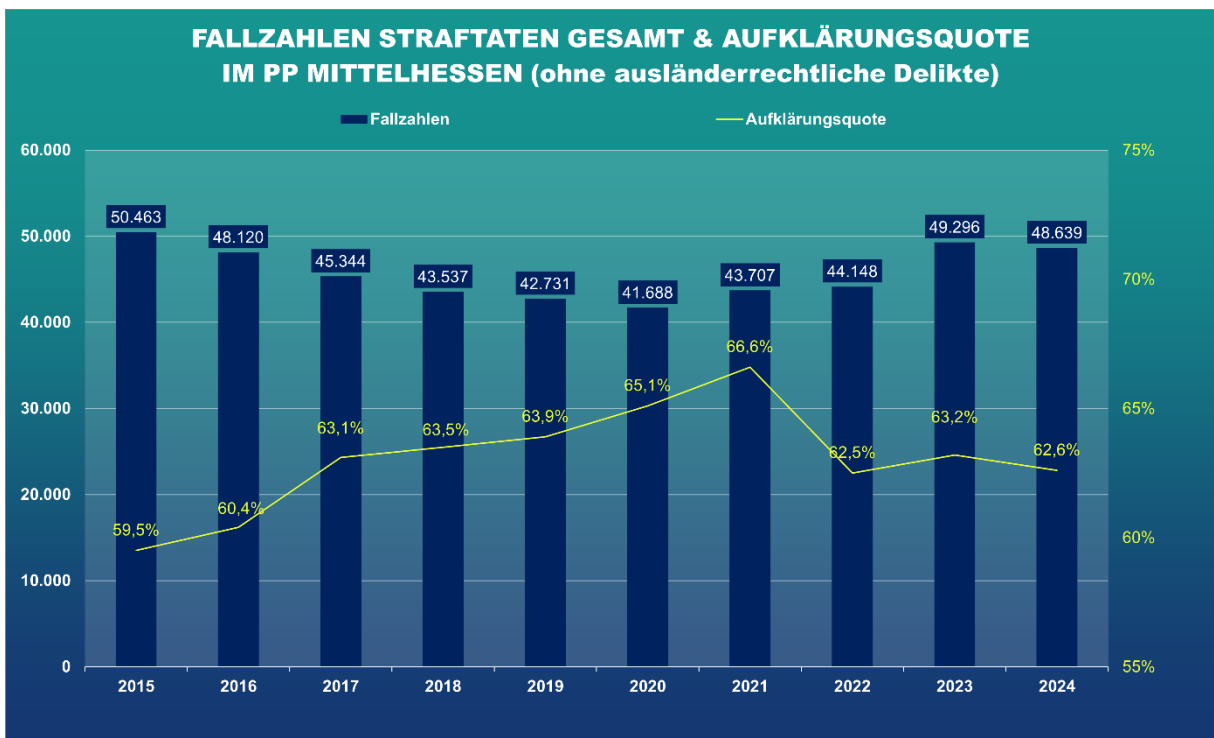
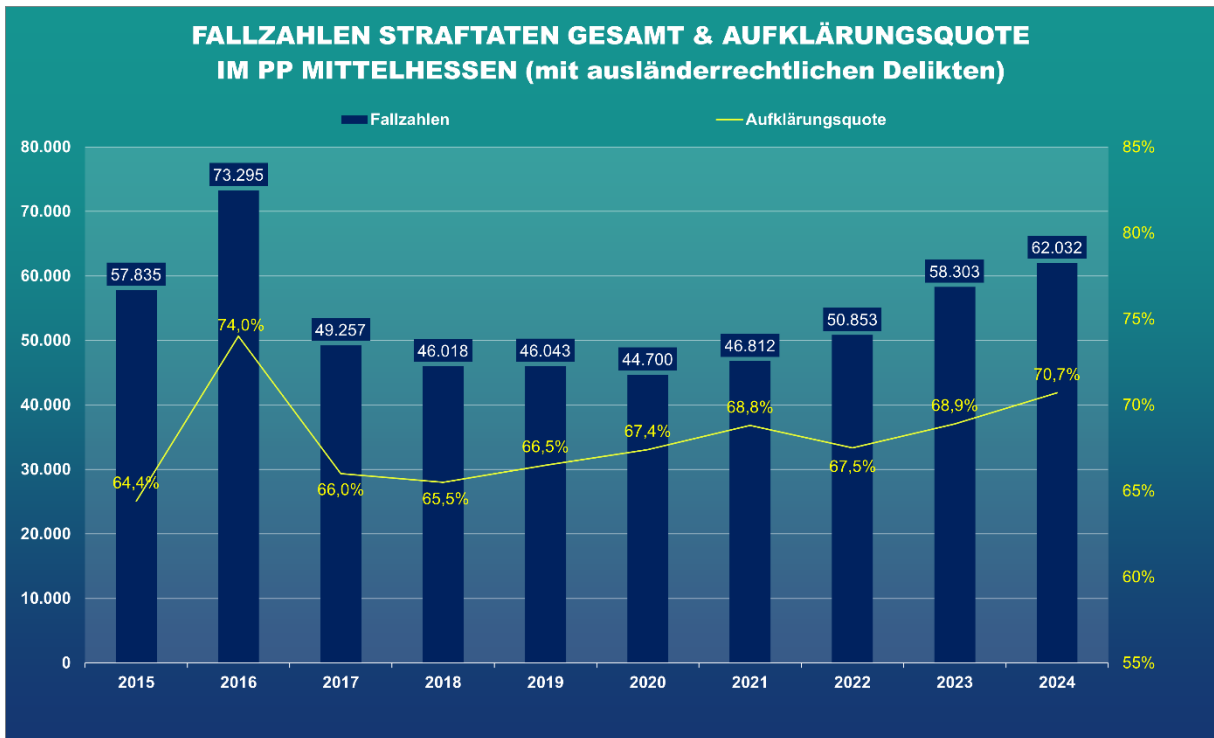
Im vergangenen Jahr wurden in Mittelhessen insgesamt 48.639 Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße (Verstöße gegen das Aufenthalts-, Asyl und Freizügigkeitsgesetz) polizeilich erfasst. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 657 Straftaten weniger. Ein ebenfalls erfreulicher Rückgang ist bei den registrierten Straftaten pro 100.000 Einwohner (Häufigkeitszahl) von 4.470 im Jahr 2023 auf 4.391 im Jahr 2024 festzustellen.

Darüber hinaus spiegelt sich die kontinuierlich hohe Arbeitsleistung aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Mittelhessen in einer erneut hohen Aufklärungsquote wider. Diese ist leicht von 63,2 Prozent im Jahr 2023 auf 62,6 Prozent gesunken, jedoch im landes- respektive bundesweiten Vergleich nach wie vor außerordentlich.

Der leichte Rückgang der Aufklärungsquote ist mit Inkrafttreten des Cannabisgesetzes (CanG) bzw. des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) im Jahr 2024 und der damit einhergehenden Teillegalisierung des Besitzes von bestimmten Mengen an Cannabis zu begründen. Im Jahr 2024 wurden in diesem Deliktsbereich 821 Straftaten weniger registriert. Ferner sind die Zahlen der registrierten Fälle von Erschleichen von Leistungen um 209 und somit 25 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Diese klassischen „Kontrolldelikte“ stellen sich dadurch dar, dass sie erst durch polizeiliche Maßnahmen feststellbar werden und somit naturgemäß auch eine identifizierte tatverdächtige Person feststeht.

Die gleichbleibend hohe Aufklärungsquote des Polizeipräsidiums Mittelhessen ist vor diesem Hintergrund weiterhin als sehr stark zu bewerten und verdeutlicht die erfolgreiche Ermittlungsarbeit aller mittelhessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Die ausländerrechtlichen Verstöße wurden in der Gesamtbetrachtung wie im Vorjahr ausgeklammert. Die 13.393 Fälle (2023: 9.007) nach dem Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz, die insbesondere in Gießen durch die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen nahezu automatisiert erfasst werden und die Kriminalstatistik beeinflussen, sind in den folgenden Tabellen nicht enthalten. Da es sich hierbei größtenteils um illegale Einreisen handelt, haben diese Delikte keinen unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheitslage, könnten jedoch die weitere Analyse verzerren.

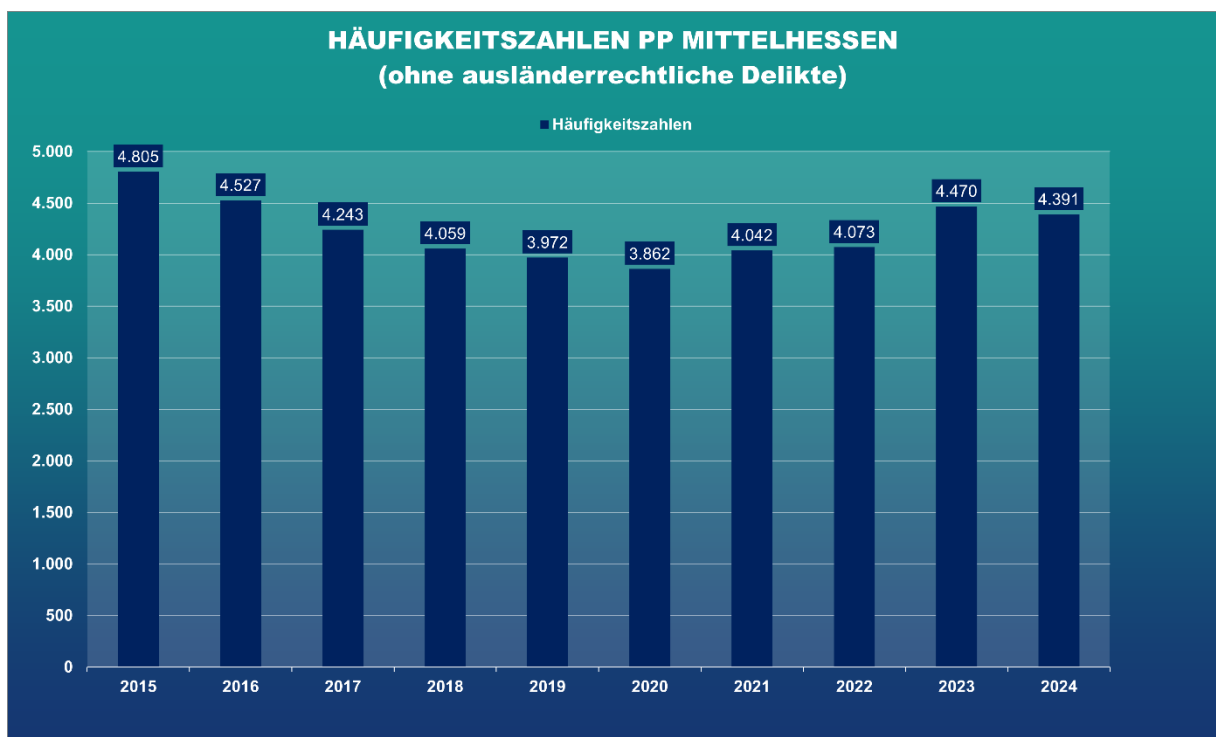


Polizeipräsident Krückemeier betont: „Die stabilen Fallzahlen in Mittelhessen zeigen, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Region ihre Maßnahmen gezielt und auf einem durchgehend hohen Niveau durchführen. Ein gleiches Bild zeigt sich bei der weiterhin guten Aufklärungsquote. Die Polizei in Mittelhessen arbeitet effizient und erfolgreich. Das Vertrauen der Bevölkerung in unsere Arbeit ist uns Verpflichtung und Ansporn zugleich. Unser Ziel bleibt es, durch präventive Maßnahmen und konsequente Strafverfolgung die Sicherheit aller Menschen weiter zu erhöhen“.

Zur Stärkung der Sicherheitslage trägt unter anderem die Innenstadtoffensive in den mittelhessischen Städten Gießen, Wetzlar, Marburg und Biedenkopf in Form von intensiven Kontrollmaßnahmen und einer Erhöhung polizeilicher Präsenz bei. Wir sind als Polizei offen, ansprechbar und agieren bürgernah, um zielgerichtet und frühzeitig die Sicherheitslage weiter zu stärken und Sicherheitsbedenken von Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen und ernst zu nehmen“ so **Abteilungsleiter Hessenmüller**.

Im Rahmen des Programms „Innenstadtoffensive“ haben alleine in den mittelhessischen Städten im Zeitraum Februar 2024 bis Februar 2025 insgesamt 4.114 Polizeikräfte in 10.853 Einsatzstunden dafür gesorgt, dass innerhalb eines Jahres 5.586 Personenkontrollen durchgeführt wurden und dabei 1.222 Ordnungswidrigkeiten und 584 Straftaten festgestellt, 423 Personen festgenommen und 154 Haftbefehle vollstreckt wurden.

Dennoch verdeutlichen die jüngsten Vorfälle in verschiedenen deutschen Städten, dass die Polizei weiterhin vor große Herausforderungen gestellt wird. „Wir nehmen diese Entwicklungen sehr ernst und tun alles in unserer Macht Stehende, um solche Taten in unserem Präsidiumsgebiet zu verhindern“, erklärt **Krückemeier**. Sicherheit sei ein Gemeinschaftsprojekt, und die Polizei werde weiterhin in engem Austausch mit Kommunen, Politik und der Bevölkerung stehen, um die Innenstädte so sicher wie möglich zu gestalten. Es ist erklärtes Ziel der Polizei Mittelhessen, die Stärkung demokratischer Werte und Kompetenzen weiter voranzutreiben und den Austausch mit der Gesellschaft zu forcieren.



Die **Häufigkeitszahl (HZ)** ist ein wichtiger Kennwert in der **polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)**. Sie gibt an, wie viele Straftaten pro **100.000 Einwohner** in einem bestimmten Gebiet innerhalb eines Jahres polizeilich registriert wurden. Dadurch ermöglicht sie einen vergleichbaren Überblick über die Kriminalitätsbelastung

in verschiedenen Regionen, unabhängig von deren Einwohnerzahl. Allerdings berücksichtigt die Häufigkeitszahl nur das polizeilich erfasste **Hellfeld** und nicht das **Dunkelfeld** der nicht gemeldeten Straftaten.

Hinweis zur Kriminalstatistik:

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) stellt eine sogenannte Ausgangsstatistik dar. Sie umfasst sämtliche Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind und deren Bearbeitung abgeschlossen wurde. Nicht inbegriffen sind dabei Delikte im Bereich des Staatsschutzes, Verstöße im Straßenverkehr sowie Straftaten, die außerhalb der deutschen Landesgrenzen begangen wurden. Die PKS ermöglicht sowohl die allgemeine Beobachtung der Kriminalitätsentwicklung als auch die Analyse spezifischer Deliktsarten.

Einsatzlage – Angriffe – Respekt

„Die polizeiliche Einsatzbelastung hat im Jahr 2024 ein neues Niveau erreicht. Neben der alltäglichen Gewährleistung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, stellten insbesondere Großlagen wie die Fußball-Europameisterschaft, Versammlungen und die Begleitung von öffentlichen Veranstaltungen die Beamtinnen und Beamten vor Herausforderungen. Die Polizistinnen und Polizisten in Mittelhessen gewährleisteten die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr in rund 134.609 Einsätzen.

Für die Dauer der Einsatzbewältigung rund um die Europameisterschaft versahen die mittelhessischen Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen alleine circa 2.000 Dienste. „Die Austragung der Fußball-Europameisterschaft bedeutete für die hessische Polizei eine enorme Kraftanstrengung. Insbesondere in Frankfurt am Main, einem der Austragungsorte, wurden ebenfalls Kolleginnen und Kollegen unseres Präsidiums eingesetzt. Die mittelhessischen Einsatzkräfte haben in der Mainmetropole mit hohem Engagement unterstützt, so dass die Besucherinnen und Besucher eine sichere und friedliche Europameisterschaft erleben konnten. Diese erfolgreiche Einsatzbewältigung war jedoch nur durch eine flexible Personalplanung und erheblichen Einsatzwillen möglich, was die ohnehin hohe Arbeitsbelastung zusätzlich steigerte“, so **Hessenmüller**.

Die aktuelle geopolitische Lage, insbesondere der anhaltende Konflikt zwischen Israel und Palästina, spiegelt sich auch in der Anzahl von Demonstrationen in Mittelhessen wider. Die Polizei stehe hier vor der Aufgabe, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und gleichzeitig Eskalationen zu verhindern, erklärte **Erik Hessenmüller** zur Rolle der Polizei bei solchen Einsätzen.

„Ebenfalls der Schutz der Weihnachtsmärkte erforderte eine verstärkte Polizeipräsenz. Die Bedrohung durch extremistische Taten bleibt bestehen, sodass umfassende Sicherheitskonzepte für viele öffentliche Veranstaltungen notwendig sind. Neben sichtbarer Polizeipräsenz gehören bauliche Schutzmaßnahmen und eine enge Zusammenarbeit mit den Veranstaltern und den kommunalen Verantwortlichen dazu. Nur so kann den Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres und unbeschwertes Erlebnis ermöglicht werden“, verdeutlicht der **Leiter der Abteilung Einsatz**.

„Die zurückliegenden Anschläge in Deutschland zeigen, dass die Gefährdungslage weiterhin ernst zu nehmen ist. Insbesondere durch die anhaltende abstrakte Bedrohungslage im Bereich extremistischer Gewalt bleibt die Sicherheitslage dynamisch und erfordert eine stetige Anpassung unserer polizeilichen Maßnahmen“, erklärt der **Leiter der Abteilung Einsatz** im Polizeipräsidium Mittelhessen. „Für die Polizei bedeutet dies eine verstärkte Präsenz im öffentlichen Raum, eine engere Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden sowie Städten und Kommunen, ein kontinuierliches Gefährdungsmanagement sowie eine sorgfältige Bewertung von Großveranstaltungen im Hinblick auf mögliche Risiken, um die Sicherheit der Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten“.

Parallel dazu verzeichnen wir mit 319 erfassten Straftaten eine besorgniserregende Anzahl von Übergriffen auf Polizeikräfte im Jahr 2024. „Einsatzkräfte werden bei ihrer Arbeit - Gefahrenabwehr und Strafverfolgung für das Wohl der Gesellschaft - beleidigt, bedroht, bespuckt oder sogar angegriffen. Dies ist absolut inakzeptabel und stellt nicht nur eine Gefahr für die Betroffenen dar, sondern auch für die gesamte Gesellschaft“, macht **Polizeipräsident Torsten Krückemeier** deutlich. „Wer diejenigen attackiert, die Tag und Nacht für Sicherheit sorgen, greift unsere Werte und unser friedliches Zusammenleben an. Die zunehmende Respektlosigkeit ist besorgniserregend und nicht hinnehmbar. Hier braucht es ein klares gesellschaftliches Umdenken!“

2024 wurden insgesamt 2.487 Vollstreckungsbeamte sowie Angehörige von Feuerwehren und Rettungsdiensten als Geschädigte von Straftaten registriert, insbesondere von Straftaten, die der Gewaltkriminalität zuzuordnen sind (21,8 %). Besonders häufig waren Vollstreckungsbeamte (730) und Polizeivollzugsbeamte (721) betroffen.

Krückemeier verdeutlicht: „Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzt das Land Hessen auf die Respekt-Kampagne, die sich für mehr Anerkennung und Würdigung der Polizeiarbeit einsetzt. Polizistinnen und Polizisten und Rettungskräfte verdienen Respekt und Unterstützung, nicht Anfeindungen und Gewalt. Es ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, unsere Polizei zu unterstützen und nicht zum Feindbild zu machen. Wer Zeuge von Angriffen oder verbalen Anfeindungen wird, sollte nicht wegsehen, sondern Haltung zeigen. Hier sind Politik, Medien und jede und jeder Einzelne gefordert!“.

GEMEINSAM FÜR RESPEKT IM EINSATZ



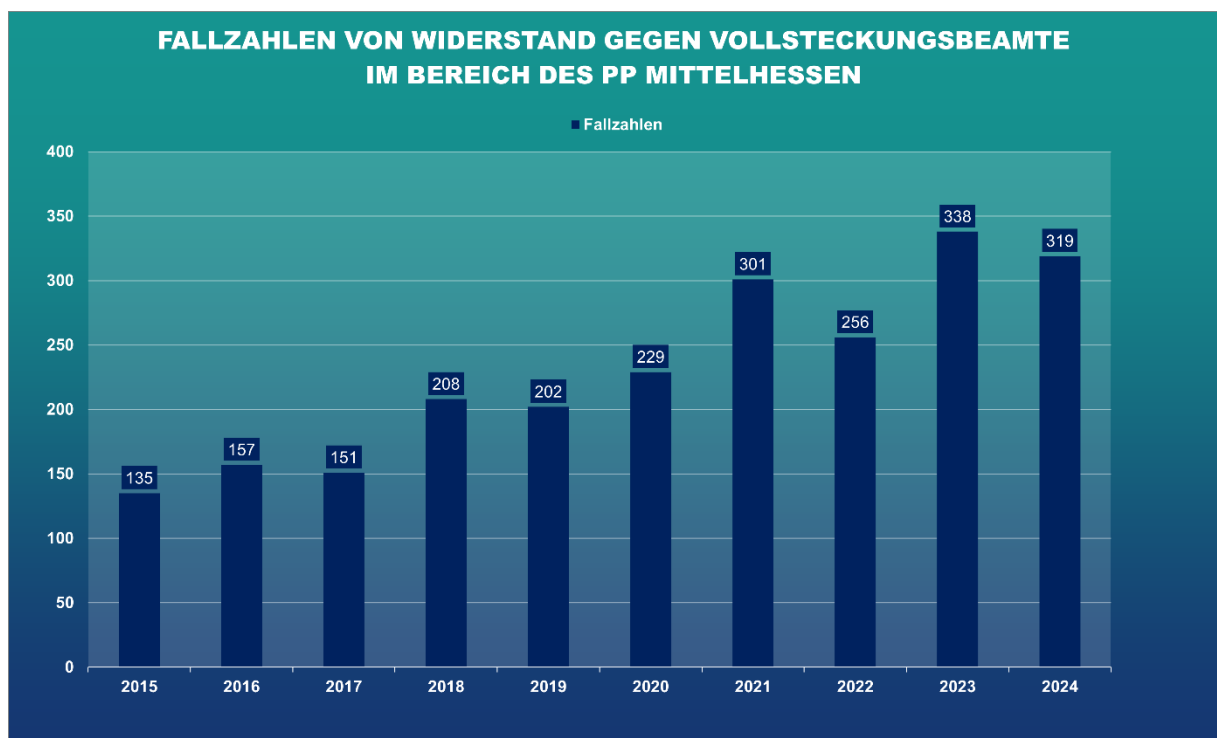
Im Jahr 2024 setzt das Polizeipräsidium ein deutliches Zeichen für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Stärkung demokratischer Werte mit der mittelhessischen Kampagne „Gemeinsam für Respekt im Einsatz“.

Zum Auftakt der Kampagne veranstaltete die Blaulicht-Familie auf dem Berliner Platz in Gießen einen zentralen Blaulicht-Tag, an dem viele interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Dialog mit Einsatzkräften von u. a. Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften traten. Es folgten neben einer Vielzahl von Veranstaltungen ebenfalls eine Social-Media-Kampagne unter dem Hashtag #RespektImEinsatz, um den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern mit den Einsatzkräften zu fördern. Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Wertschätzung standen dabei im Mittelpunkt.

Als Teil der Kampagne stellte das Polizeipräsidium Mittelhessen in den Räumen der Volksbank Mittelhessen und der Sparkasse Gießen vom 9. bis 28. Juli 2024 Exponate der Wanderausstellung „Der Mensch dahinter“ aus. Die Ausstellung der Initiative für Respekt und Toleranz e.V. unter Federführung von Andrea Wommelsdorf und ihrem Team, zeigt Einsatzkräfte, die im Rahmen ihrer Berufsausübung Respektlosigkeit und Gewalt erlebt haben. Durch die bewegenden Schilderungen ihrer Erfahrungen, verbunden mit einem Gesicht und einem Menschen hinter der Uniform, regt die Ausstellung zum Nachdenken an und setzt ein Zeichen für Solidarität, Respekt und Toleranz gegenüber den Einsatzkräften.

„Die Polizei und die Rettungskräfte können ihre Aufgaben nur mit der Unterstützung der Bevölkerung erfüllen. Sie brauchen das Vertrauen und die Rückendeckung der Menschen in Hessen. Unsere Arbeit dient der Sicherheit aller. Jeder sollte sich bewusst machen, dass Respekt und Anerkennung keine Selbstverständlichkeit, sondern essenziell für eine funktionierende Gesellschaft sind. Gegenseitiger Respekt bildet einen zentralen Wert und ist Eckpfeiler unserer Demokratie. Lassen Sie uns gemeinsam für eine sichere Zukunft eintreten!“, appellieren **Krückemeier** und **Hessenmüller** an die mittelhessischen Bürgerinnen und Bürger.

Gewalt gegen Einsatzkräfte auf gleichbleibend hohem Niveau



Die Zahl der Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte mit 319 erfassten Straftaten für das Jahr 2024 im Polizeipräsidium Mittelhessen bleibt auf einem ähnlichen hohen Niveau wie im Vorjahr. Im Jahr 2023 wurden 338 Straftaten registriert.

Polizistinnen und Polizisten stehen täglich im Dienst der Gesellschaft, um für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Doch immer häufiger werden sie dabei selbst zur Zielscheibe von Aggression und Gewalt. Die weiterhin hohe Zahl von Angriffen auf Polizeibeamte ist eine vielschichtige Herausforderung, die sich mutmaßlich aus verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen ergibt. Ein wichtiger Faktor sind die zunehmenden Spannungen in manchen sozialen Interaktionen, bei denen Emotionen schnell hochkochen können. In komplexen und oft stressigen Einsatzsituationen sind Konflikte leider nicht immer vermeidbar.

Zudem haben Veränderungen in der Wahrnehmung von Autoritäten und die Rolle der Polizei in der Gesellschaft Auswirkungen auf das Verhalten gegenüber Einsatzkräften. Die Verbreitung von Informationen über verschiedene Kanäle kann dazu führen, dass Missverständnisse und negative Darstellungen entstehen, die das Vertrauen in die Polizei belasten.

Wir setzen weiterhin auf Dialog, Respekt und Deeskalation, um solche Konflikte zu vermeiden.

Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen bedeuten solche Übergriffe nicht nur physische Gefährdung, sondern auch erhebliche psychische Belastungen. Trotz dieser Herausforderungen setzen sich die Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Mittelhessen weiterhin tagtäglich mit vollem Engagement für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ein.

„Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten sind ein ernstzunehmendes Signal für die gesamte Gesellschaft. Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Polizei sind nicht nur eine Frage des Anstands, sondern auch eine Voraussetzung für eine funktionierende Sicherheitsarchitektur. Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass in jeder Polizistin und jedem Polizisten auch ein Mensch steckt. Gewalttaten gegen Einsatzkräfte sind gleichzusetzen mit einer Ablehnung unseres Rechtsstaats und unserer demokratischen Eckpfeiler und somit gegen jede und jeden von uns. Das darf gesamtgesellschaftlich nicht stillschweigend hingenommen werden. Daher sind präventive Maßnahmen, ein gesellschaftlicher Diskurs über Gewalt gegen Einsatzkräfte und konsequente strafrechtliche Ahndung dieser Delikte essenziell, um die Arbeit der Polizei zu schützen und langfristig für mehr Sicherheit zu sorgen“, appelliert **Polizeipräsident Torsten Krückemeier**.

Zunehmend Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger - Nulltoleranz

Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger ist ein gravierendes Problem, das sowohl die betroffenen Personen als auch die gesamte Gesellschaft betrifft. Diese Angriffe äußern sich häufig in Form von Drohungen, Beleidigungen und Sachbeschädigungen. Die Auswirkungen auf die Betroffenen sind gravierend: Sie reichen von psychischer Belastung und Angst bis hin zu einem möglichen Rückzug aus dem öffentlichen Leben. Für die Gesellschaft bedeutet dies eine Gefährdung der demokratischen Kultur und

eine potenzielle Abschreckung engagierter Bürgerinnen und Bürger, politische Ämter zu übernehmen.

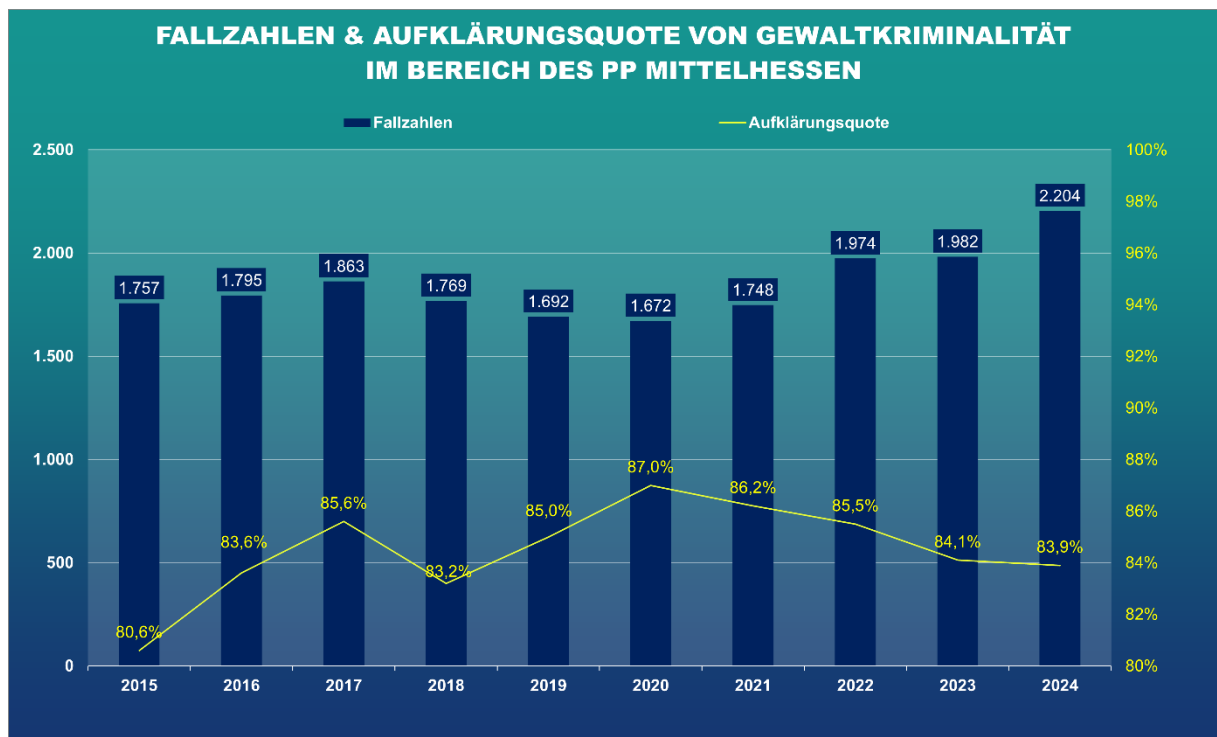
Im Jahr 2024 wurden 41 Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatsträgern registriert und somit eine Zunahme um 51,8 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2023 wurden noch 14 Taten weniger erfasst.

Die Arbeit von Amts- und Mandatsträgern ist essenziell für das Funktionieren unserer Demokratie. Sie setzen sich täglich für das Gemeinwohl ein und tragen maßgeblich zur Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens bei. Ihr Engagement verdient höchsten Respekt und Anerkennung.

Krückemeier betont: "Es ist unerlässlich, dass wir unsere Amts- und Mandatsträger vor jeglicher Form von Gewalt schützen. Ihre Sicherheit ist die Grundlage für eine stabile und funktionierende Demokratie. Es liegt in der Verantwortung aller, Gewalt gegen politische Amtsträger entschieden entgegenzutreten und somit die Werte unserer demokratischen Gesellschaft zu verteidigen".

Das Polizeipräsidium Mittelhessen lud im Jahr 2024 Amts- und Mandatsträger zu mehreren Veranstaltungen in die Landkreise ein, die auf den Austausch und der Vernetzung untereinander sowie die Vorstellung von Unterstützungsangeboten verschiedener Polizeibehörden zielten. Der Fokus dabei insbesondere auf der Sensibilisierung sowie der engen Zusammenarbeit zwischen den Behörden, um Betroffenen einfache Melde- und Schutzmöglichkeiten zu bieten. Insgesamt konnten mit den durchgeführten Sensibilisierungsveranstaltungen 244 Amts- und Mandatsträger in Mittelhessen erreicht werden.

Deutlicher Anstieg der Gewaltkriminalität festzustellen





Trotz des insgesamt gleichbleibenden Niveaus der Kriminalität in Mittelhessen verzeichnet die Statistik eine deutliche Zunahme im Bereich der Gewaltkriminalität. Die Kriminalitätsentwicklung in diesem Bereich weist eine Steigerung um mehr als 10 Prozent auf. Während im Jahr 2023 noch 1.982 Fälle registriert wurden, sind es im aktuellen Berichtszeitraum bereits 2.204.

Dieser Deliktsbereich umfasst den Totschlag und Mord sowie die Taten der Vergewaltigung, schweren sexuellen Nötigung, des Raubes sowie der schweren und gefährlichen Körperverletzung.

Im Jahr 2024 wurden 17 Morddelikte erfasst, davon 13 Versuche. Die Aufklärungsquote in diesem Deliktsbereich liegt weiter bei 100 Prozent. Angestiegen ist ebenfalls der Totschlag (+9 Fälle). Bei den 32 registrierten Taten handelte es sich bei 29 Fällen um Versuche. Hier lag die Aufklärungsquote ebenfalls bei 100 Prozent.

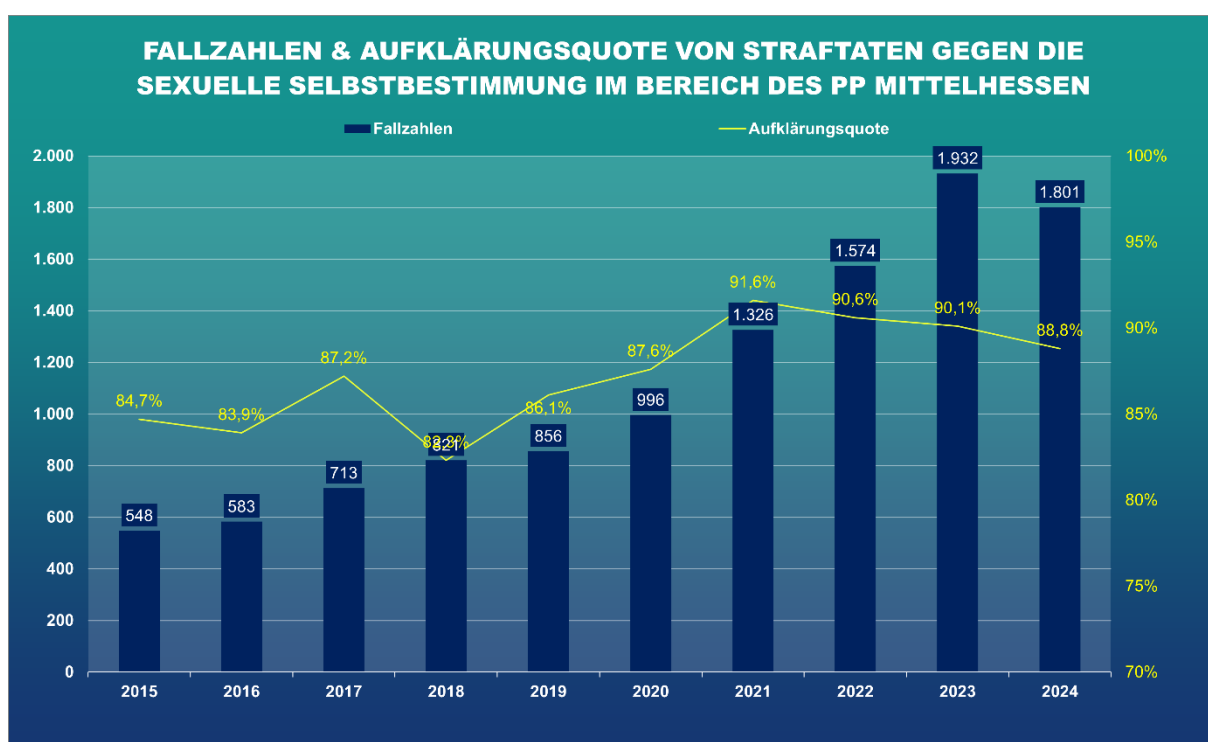
Minimal angestiegen mit einem Plus von zwei Fällen sind die Raubdelikte mit 375 erfassten Straftaten. Einen Großteil davon macht der Straßenraub (136 Fälle) aus. Eine erkennbare Zunahme ist bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung um 12,1 Prozentpunkte festzustellen (2024: 1.596; 2023: 1.424).

„Wir beobachten, dass weite Teile der registrierten Gewaltdelikte im Zusammenhang mit privaten Streitigkeiten stehen. Oft handelt es sich um Auseinandersetzungen im Bekannten- und Familienkreis oder innerhalb von Beziehungen, erklärt Krückemeier. Dennoch können diese Taten, insbesondere wenn sie in öffentlichen Räumen stattfinden, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. „Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass unbeteiligte Personen in vielen Fällen nicht direkt von diesen Gewaltdelikten betroffen sind. Wir setzen weiterhin auf gezielte Maßnahmen, um Gewaltdelikte zu verhindern und schnell auf Vorfälle zu reagieren“, betont der Polizeipräsident.

Die Zunahme von Gewaltkriminalität ist ein komplexes Phänomen, das durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird. Gründe können unter anderem in einer zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit liegen, die wiederum innerhalb der Gesellschaft zu Unzufriedenheit und Frustration führen können, sodass Menschen eher zu Gewalt greifen.

Im Vergleich der Landkreise wurden im Landkreis Gießen mit 742 erneut die meisten Gewaltdelikte verübt. Von den 742 Taten wurden 512 im Gießener Stadtgebiet verübt. In allen Landkreisen kam es im Vorjahresvergleich zu einer Zunahme der registrierten Taten in diesem Deliktsbereich: Landkreis Gießen (742, +114), Landkreis Marburg-Biedenkopf (509, +25), Lahn-Dill-Kreis (460, +76) und Landkreis Wetterau (490, +4).

Sexueller Missbrauch von Kindern – Täter aus der Anonymität holen



Im Vergleich zum Jahr 2023 ist erstmalig ein Rückgang auf 1.801 (- 6,8 %) im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zu verzeichnen. Dies ist mit Rückgängen der erfassten Straftaten in den Bereichen sexueller Belästigung (-28), Ausnutzen sexueller Neigungen (-128) und dem Verbreiten pornographischer Inhalte (-124) zu erklären.

Der bereits im letzten Jahr erkennbare Fallzahlenanstieg im Bereich der Taten des sexuellen Missbrauchs von Kindern setzt sich im Jahr 2024 hingegen fort (+63 Straftaten). Die Auflärungsquote dieser Delikte ist mit 89,3 Prozentpunkten weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Durch die feste Etablierung des Zentralkommissariats (ZK) Fokus in die behördliche Struktur des Polizeipräsidiums Mittelhessen erfolgt eine zentrale und schwerpunktmäßige Verfolgung der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Dadurch können die Vielzahl von Delikten zielgerichtet und professionell bearbeitet werden. Neben der Strafverfolgung stehen in diesem

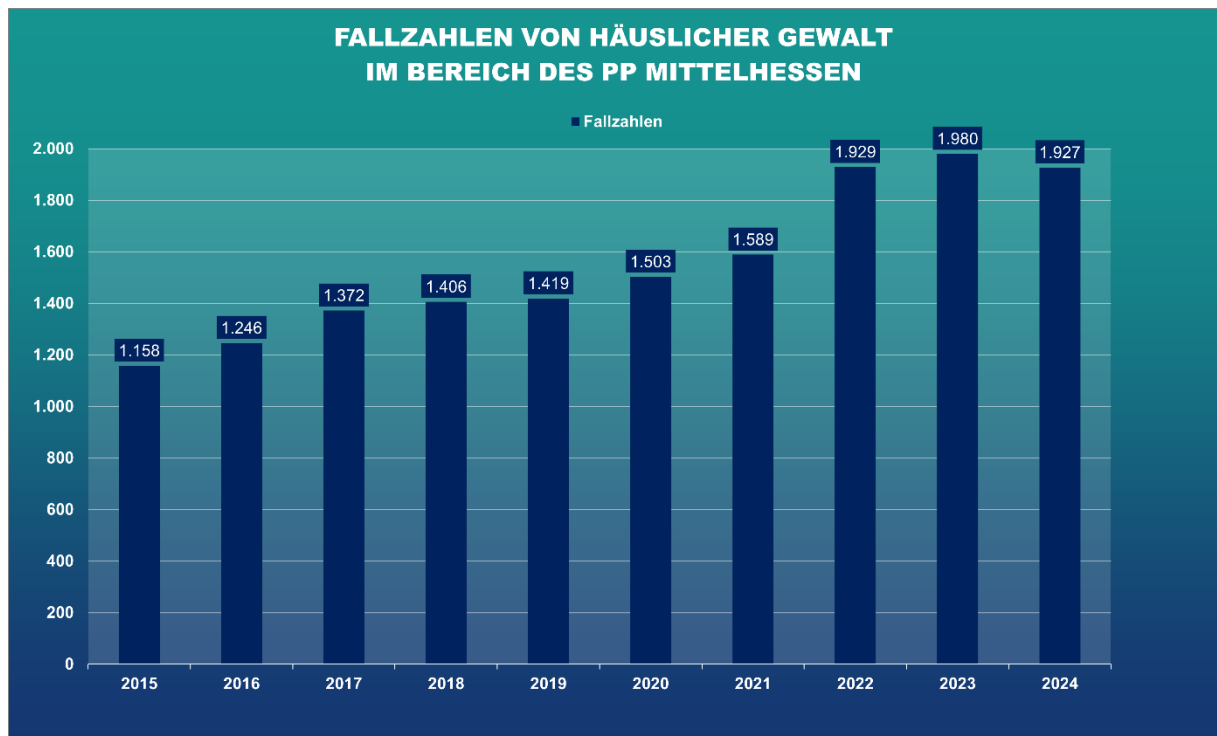
Deliktsfeld insbesondere der Opferschutz sowie die Verhinderung zukünftiger Straftaten im Mittelpunkt.

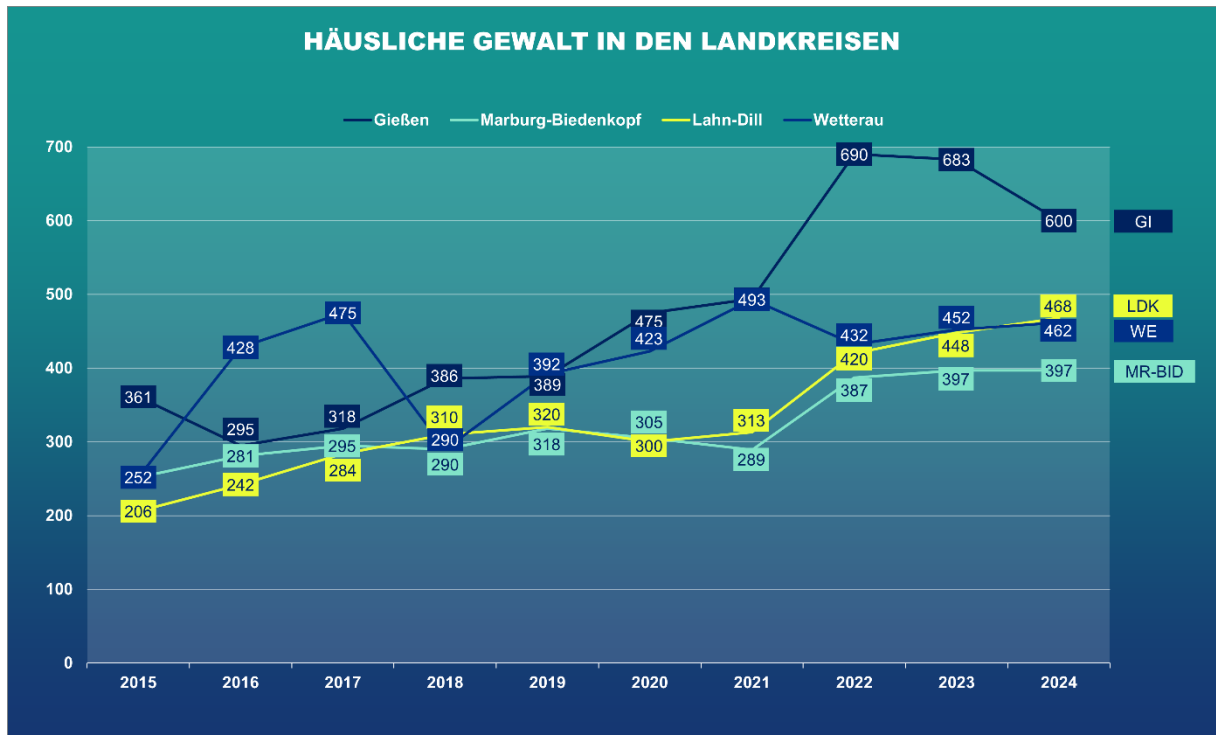
Die Bemühungen des personalstarken ZK Fokus führten oftmals zu neuen Strafanzeigen und Verfahren. Eine Begründung für die Steigerung der Fallzahlen ist daher insbesondere in den Ermittlungserfolgen zu finden, wodurch Täter erfolgreich aus der Anonymität geholt wurden und das Dunkelfeld weiter erhellt wurde.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden im Jahr 2024 durch Beamtinnen und Beamten des ZK Fokus insgesamt 302 Durchsuchungsbeschlüsse vollstreckt. Dabei konnten 2.145 verfahrensrelevante Gegenstände (u. a. Mobiltelefone, Datenträger, Laptops) sichergestellt werden.

Eine besondere Bedeutung hat zudem die Zulieferung über die halbstaatliche US-amerikanische Organisation NCMEC (NATIONAL CENTER FOR MISSING AND EXPLOITED CHILDREN) und dem europäischen DSA (Digital Service Act). Auch in diesem Jahr ist im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Steigerung der Zulieferung von Straftaten aus den Bereichen der Kinder- und Jugendpornographie aus den USA und Europa von 25 % (144 Fälle) erkennbar.

Häusliche Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung





Häusliche Gewalt stellt trotz leichtem Rückgang der Fallzahlen nach wie vor eine ernstzunehmende gesellschaftliche Herausforderung dar. Sie umfasst körperliche, psychische und sexuelle Gewalt innerhalb partnerschaftlicher oder familiärer Beziehungen. Die Taten ereignen sich meist im privaten Umfeld und betreffen überwiegend Frauen, aber auch Männer, Kinder und ältere Menschen können Opfer werden. Die Folgen für die Betroffenen reichen von physischen Verletzungen bis hin zu schwerwiegenden psychischen Belastungen.

Die in der PKS erfassten Fälle stellen das sogenannte Hellfeld dar – also die Straftaten, die der Polizei bekannt wurden. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt. Angst vor Repressalien, finanzielle Abhängigkeiten oder emotionale Bindungen zu den Tätern führen häufig dazu, dass Opfer keine Anzeige erstatten.

Neben repressiven Maßnahmen ist die Prävention ein zentraler Baustein der polizeilichen Arbeit. In Zusammenarbeit mit Justiz, Familien- und Jugendämtern sowie Beratungs- und Hilfseinrichtungen engagieren sich die polizeilichen Koordinatoren an sogenannten „Runden Tischen“, um Opfern frühzeitig Schutz und Unterstützung zu bieten.

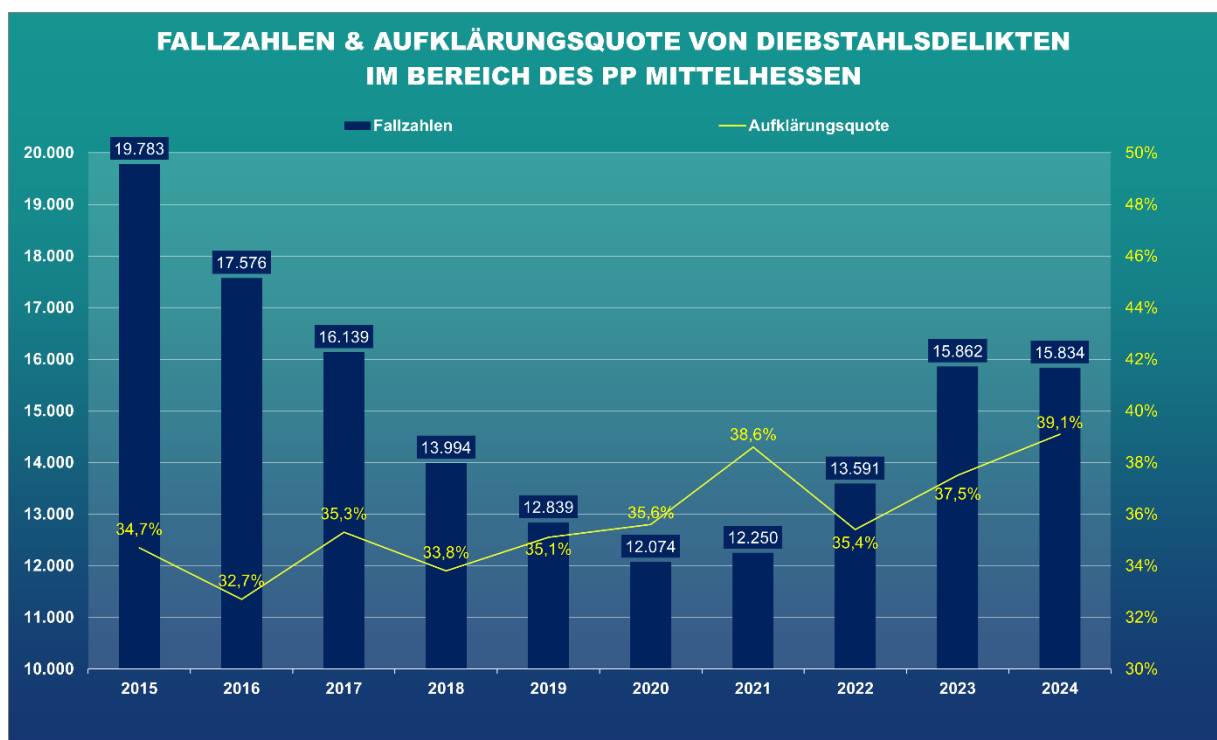
Polizeipräsident Torsten Krückemeier betont: „Häusliche Gewalt ist keine Privatsache. Jeder Vorfall ist einer zu viel. Unser Ziel ist es, betroffenen Menschen Mut zu machen, Hilfe in Anspruch zu nehmen und ihnen zu zeigen, dass sie nicht allein sind. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern ist dabei essenziell, um präventiv tätig zu werden und Opfern wirksamen Schutz zu bieten.“

Die Novelle des Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (HSOG) im Dezember 2024 stärkt den Schutz von Opfern häuslicher Gewalt durch die erweiterte Nutzung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung. Rechtlich möglich ist nunmehr,

dass Täter Häuslicher Gewalt per elektronischer Fußfessel überwacht werden können, um Opfer möglichst vollumfänglich zu schützen. Eine Besonderheit ist das sogenannte "spanische Modell": Ein GPS-Tracker beim Opfer löst Alarm aus, wenn sich der Überwachte absichtlich oder unabsichtlich trotz bestehenden gerichtlich festgelegten Annäherungs- und/oder Kontaktaufnahmeverbots, in der Nähe des Opfers befindet. Diese Maßnahmen sollen präventiv wirken und die Sicherheit sowie den Schutz der Opfer Häuslicher Gewalt erhöhen.

Im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden seit Novellierung des HSOG die neuen rechtlichen Möglichkeiten in drei Fällen der Häuslichen Gewalt bereits bedacht und die Umsetzung der elektronischen Fußfessel nach dem spanischen Modell bei der zuständigen Justizbehörde angeregt. In zwei der drei Fällen wurde der Antrag abgelehnt. Ein weiterer Fall befindet sich derzeit in Prüfung.

Diebstähle aus Kraftfahrzeugen deutlich gesunken



Bei der Gesamtbetrachtung der Diebstahlsdelikte ist eine Stagnation der Fallzahlen zu erkennen. Mit lediglich 28 weniger registrierten Taten liegen die Fallzahlen nur leicht unter den 15.862 erfassten Zahlen im Jahr 2023.

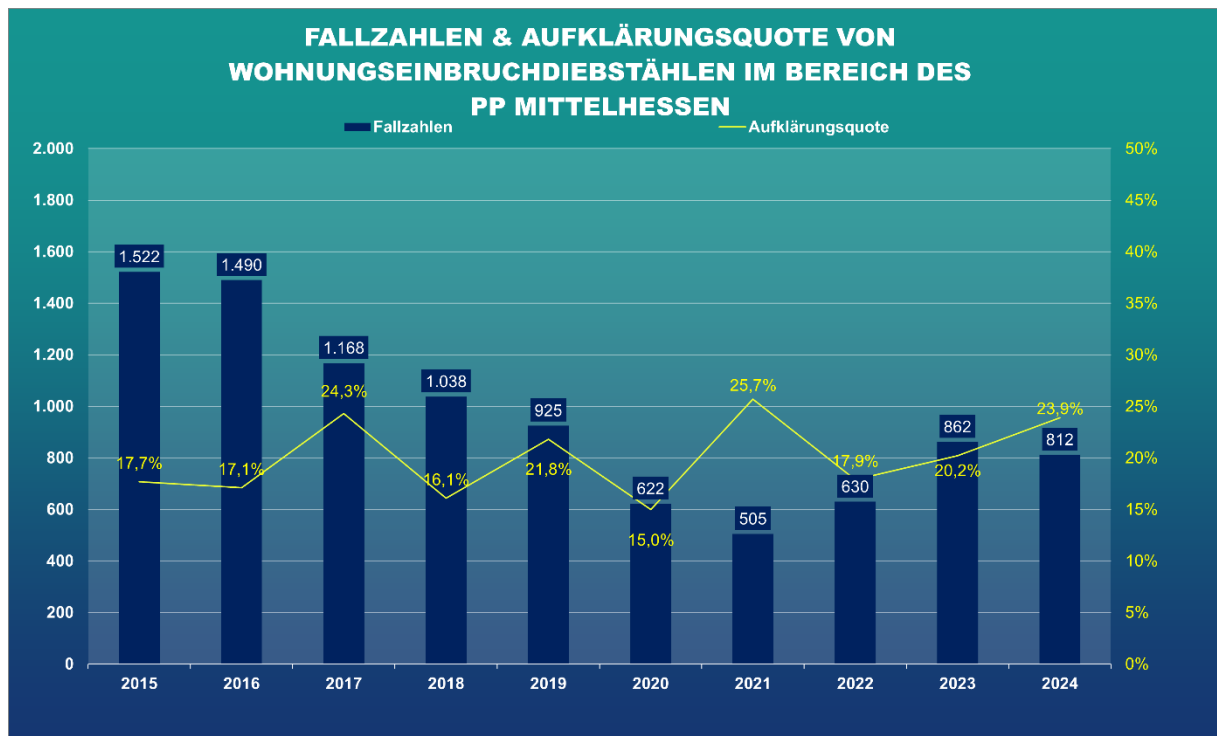
Die 15.834 im Jahr 2024 erfassten Diebstähle verteilen sich auf den einfachen Diebstahl ohne erschwerende Umstände und den schweren Diebstahl. Beim erstgenannten Deliktsfeld haben Täter z. B. keine verschlossenen Türen/Fenster überwunden, um an das Diebesgut zu gelangen. Insgesamt fallen 10.598 Taten unter die Kategorie des einfachen Diebstahls. Schwere Diebstahlsdelikte bedeuten gleichwohl, dass Hindernisse überwunden wurden, z. B. in/aus verschlossenen PKW oder Wohnungseinbrüche. Im Polizeipräsidium Mittelhessen wurden im Jahr 2024 5.236 Fälle des schweren Diebstahls erfasst.

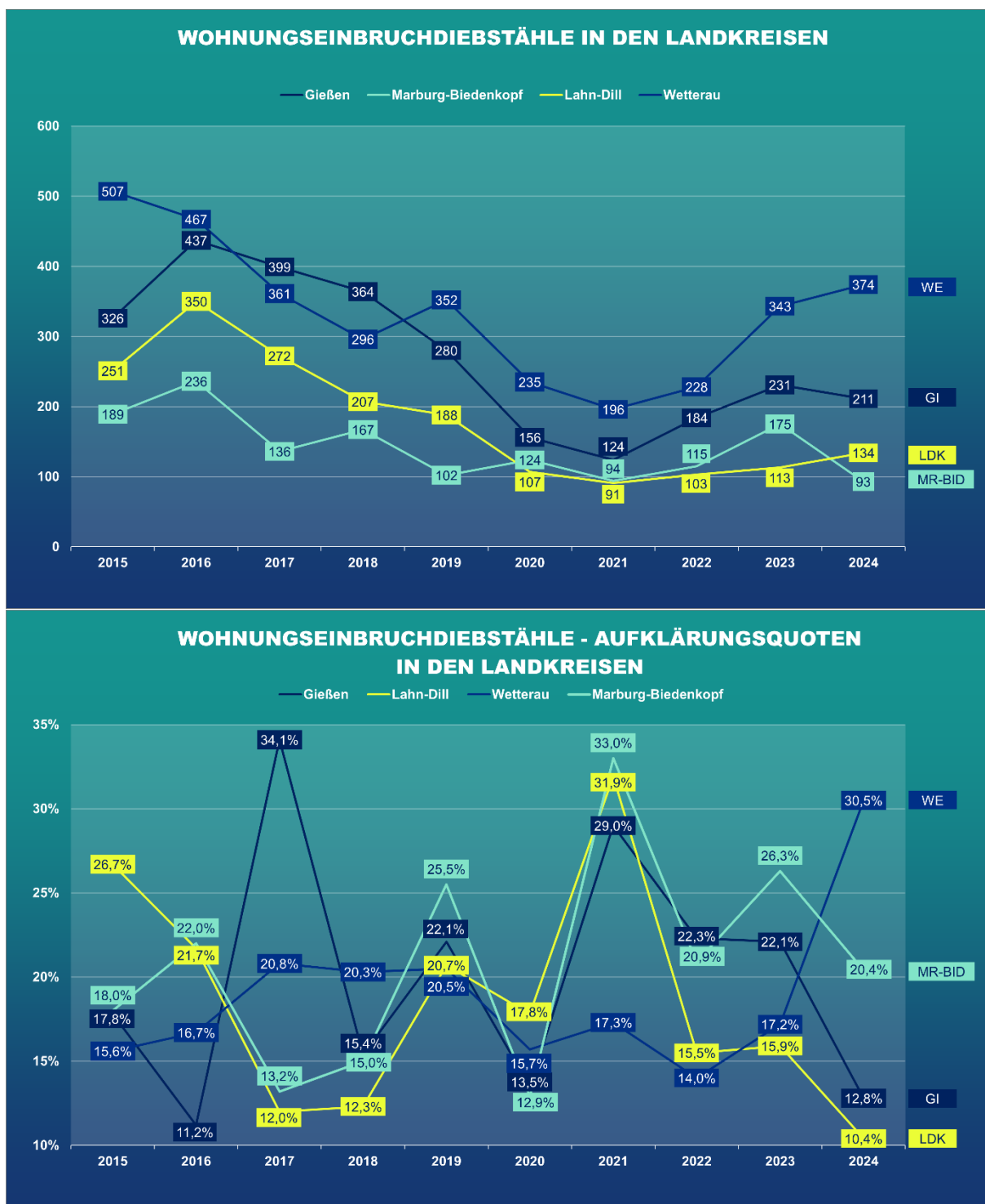
Eine Detailbetrachtung der Diebstahlsdelikte zeigt eine erneute Steigerung der Ladendiebstähle auf 4.091 Taten (2023: 3.850). Die Gründe dafür können in wirtschaftlichen Faktoren liegen, beispielsweise aufgrund Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheiten und damit einhergehender finanzieller Nöte. Die Intensivierung von Kontrollmaßnahmen und erhöhte Polizeipräsenz in den mittelhessischen Innenstädten durch die Innenstadtoffensive können ebenfalls zur Erhöhung dieses klassischen Kontrolldelikts geführt haben.

Erfreulicherweise ist der Diebstahl in bzw. aus Kraftfahrzeugen mit und ohne erschwerte Umstände um 16 Prozentpunkte gesunken (-420 Taten). Dies ist insbesondere auf einen Rückgang des schweren Diebstahls in/aus Kraftfahrzeugen zurückzuführen. Im Bereich des einfachen Diebstahls, d. h. unverschlossener Fahrzeuge, sind die Zahlen mit 1.405 erfassten Straftaten auf einem gleichbleibend hohen Niveau wie im Vorjahr (+3 Fälle).

„Viele Diebstähle geschehen, weil Fahrzeuge ungesichert sind. Ein abgeschlossenes Auto ist für Langfinger weniger attraktiv. Mein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger lautet, bitte seien Sie aufmerksam und machen Sie es den Tätern schwer. Indem Sie Ihr Auto abschließen, tragen Sie aktiv dazu bei, Diebstähle und andere unerwünschte Vorfälle zu verhindern“ fasst **Polizeipräsident Krückemeier** einen präventiven Aufruf zusammen.

Seit 2021 erstmalig wieder weniger Wohnungseinbruchdiebstähle





Die Kriminalstatistik weist für den Bereich der Wohnungseinbrüche einen leichten Rückgang aus. Waren im Jahr 2023 noch 862 Wohnungs- bzw. Hausbesitzer Opfer von Einbrechern, nahmen Polizistinnen und Polizisten 2024 nur 812 solcher Tatorte auf (- 50 Taten). Die Aufklärungsquote im PP Mittelhessen für diesen Deliktsbereich stieg auf 23,9 Prozent (2023: 20,2 Prozent).

Die Polizei setzt bei der Aufklärung von Wohnungseinbrüchen auf eine Kombination aus moderner Spurensicherung, intensiven Ermittlungen und der engen Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Täter agieren oft schnell und unauffällig, doch

Zeugenhinweise spielen eine entscheidende Rolle bei der Identifizierung verdächtiger Personen und Fahrzeuge. Gerade in Wohngebieten kann aufmerksames Verhalten helfen, Straftaten zu verhindern oder wichtige Ermittlungsansätze zu liefern. Wir ermutigen daher alle Bürgerinnen und Bürger, verdächtige Beobachtungen frühzeitig zu melden – lieber einmal zu viel als einmal zu wenig. Jede Information kann den entscheidenden Hinweis liefern, um Einbruchserien zu stoppen und Täter zur Rechenschaft zu ziehen.

Typischerweise hebeln Einbrecher Terrassen- oder Balkontüren sowie Fenster mit einfachen Werkzeugen auf. Oft genügen wenige Minuten, um Wertgegenstände wie Schmuck, Bargeld oder Elektronik zu entwenden. Neben dem materiellen Verlust hinterlässt ein Einbruch häufig psychische Belastungen bei den Opfern, die sich in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher fühlen.

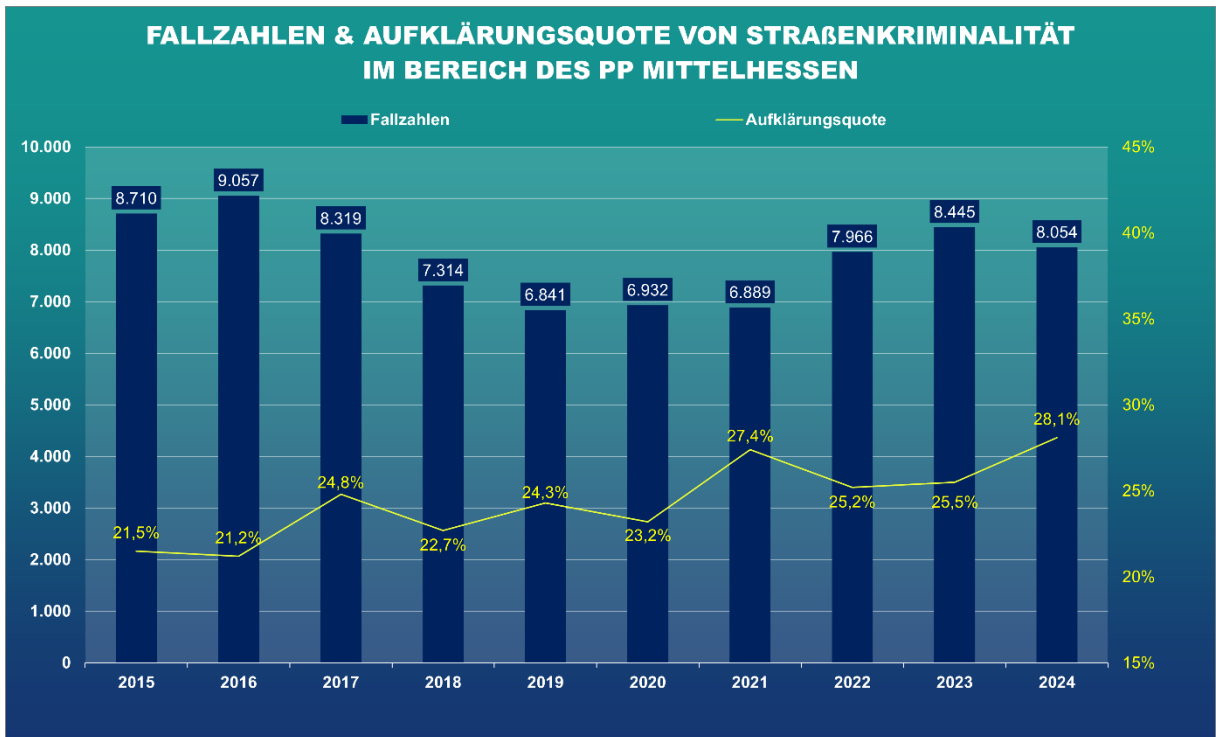
Um sich wirksam zu schützen, empfiehlt die Polizei eine Kombination aus mechanischen Sicherungen und richtigem Verhalten. Einbruchhemmende Fenster- und Türsicherungen sowie Zusatzschlösser erschweren das Eindringen erheblich. Ebenso wichtig ist es, die eigene Wohnung auch bei kurzfristiger Abwesenheit stets zu verschließen und keine Hinweise auf Abwesenheit, etwa durch überquellende Briefkästen oder dauerhaft geschlossene Rollläden, zu geben.

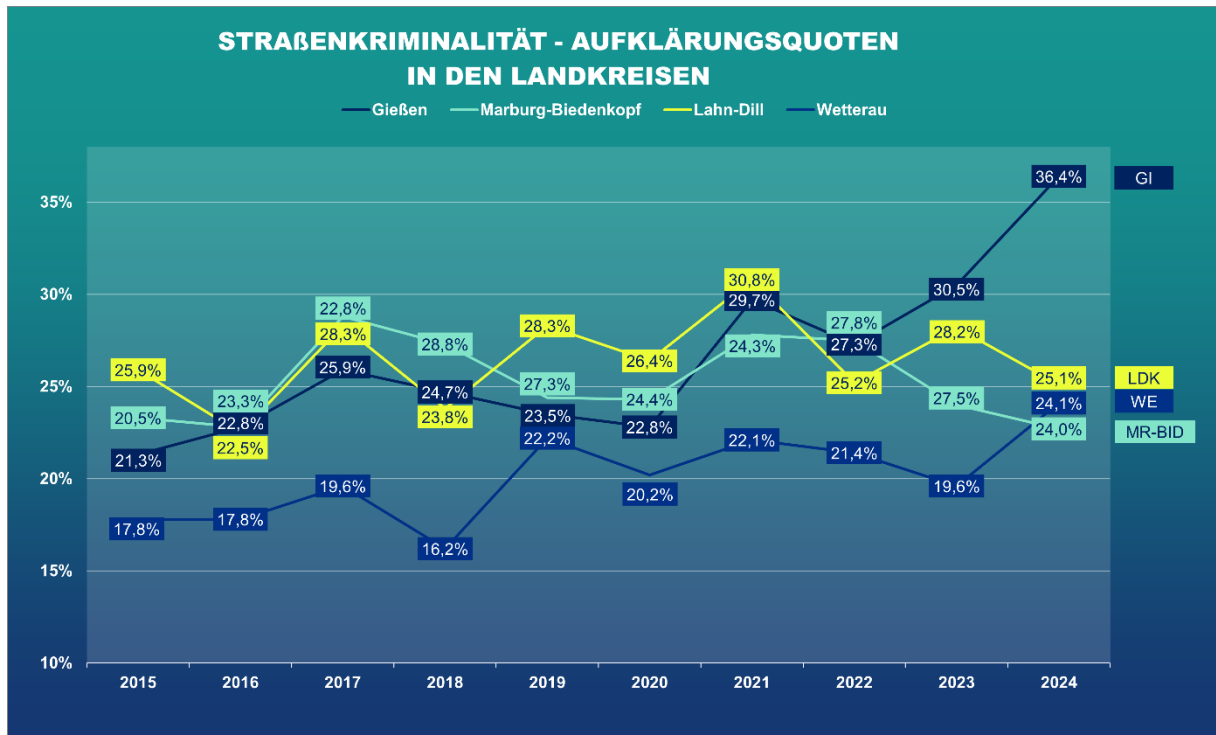
Bei der Hälfte der Wohnungseinbrüche im vergangenen Jahr (406 Taten) blieben die Täter im Versuchsstadium stecken. Den Einbrechern war es in diesen Fällen nicht gelungen die Einbruchssicherung an den Wohnungen oder Häusern zu überwinden.

Die Polizei bietet über ihr kriminalpolizeilichen Beratungsstellen Haus- und Wohnungsinhabern kostenlose Schwachstellenanalysen an. Im Rahmen dieser Beratungen erhalten Bürgerinnen und Bürger vor Ort individuelle Empfehlungen für einen effektiven Einbruchschutz an ihrem Haus oder ihrer Wohnung.

Die Kontakte zu Terminvereinbarungen sowie weitere Informationen unserer Kriminalpolizeilichen Beraterinnen und Berater finden Sie auch im Internet unter <https://ppmh.polizei.hessen.de/ueber-uns/ansprechpersonen/polizeiliche-beratungsstellen/>

Straßenkriminalität: Leichter Rückgang



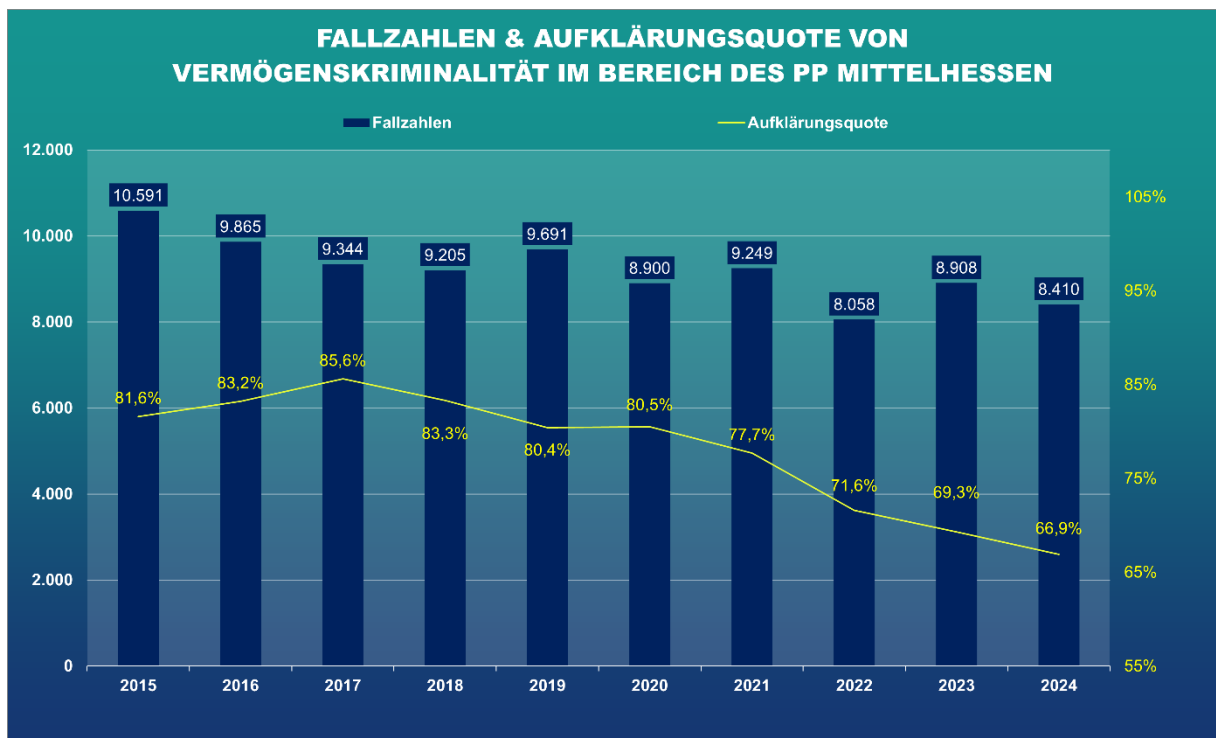


Im Vergleich zum Vorjahr wurden 2024 in diesem Deliktsfeld 400 Taten weniger registriert. Unter Straßenkriminalität werden Deliktsfelder des Straßenraubs und des Straßendiebstahls zusammengefasst. Die Fallzahlen sanken von 8.445 auf 8.054 (-4,6 %) dar. Diese Entwicklung ist ermutigend und zeigt, dass die bisherigen Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit im öffentlichen Raum bzw. in den mittelhessischen Innenstädten Wirkung zeigen. Dennoch bleibt die Polizei weiterhin wachsam, um diesen positiven Trend fortzuführen.

„Unsere Erfahrungen zeigen, dass Waffenverbotszonen in den Innenstädten und der Einsatz von Videoschutzanlagen zu einer signifikanten Reduzierung von Straftaten führen können und das Sicherheitsgefühl der Menschen stärkt. Sie helfen uns nicht nur dabei, Taten aufzuklären, sondern auch präventiv einzuwirken“, so **Polizeipräsident** Torsten Krückemeier.

Eine besondere Herausforderung, nicht nur für uns als Polizei, stellt das vermehrt wahrzunehmende Mitführen von Messern oder messerähnlichen Gegenständen in der Öffentlichkeit dar. „Messer sind leicht zu beschaffen, einfach zu verbergen und schnell einsatzbereit – das macht sie in gefährlichen Situationen besonders problematisch“, erklärt Krückemeier. „Gerade wenn Messer in der Öffentlichkeit mitgeführt werden, steigt das Risiko, dass Konflikte eskalieren und es zu schwerwiegenden Verletzungen oder gar tödlichen Angriffen kommt. Besonders in alkoholgeschwängerten Feiersituationen sinken Hemmschwellen für Gewalt, und ein mitgeführtes Messer kann schnell zur gefährlichen Waffe werden. Deshalb ist es uns wichtig, auf diese Risiken hinzuweisen und über die Folgen aufzuklären.“

Weniger Vermögensdelikte in Mittelhessen:



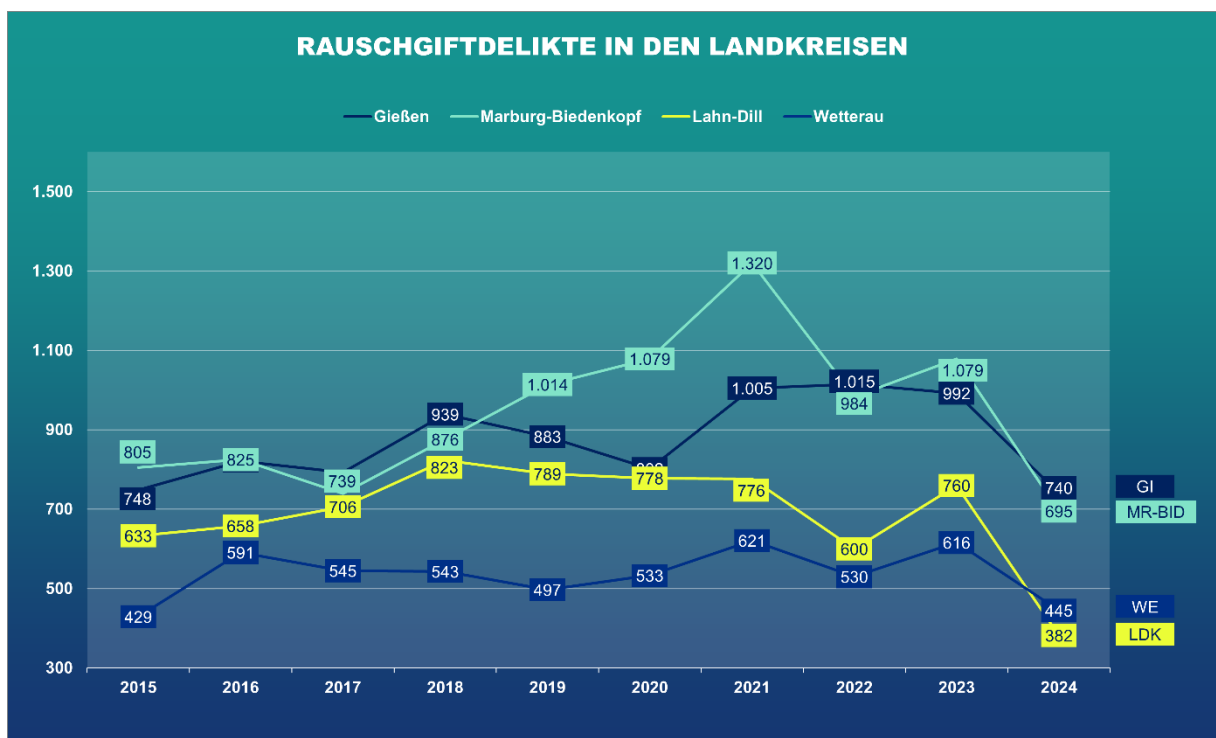
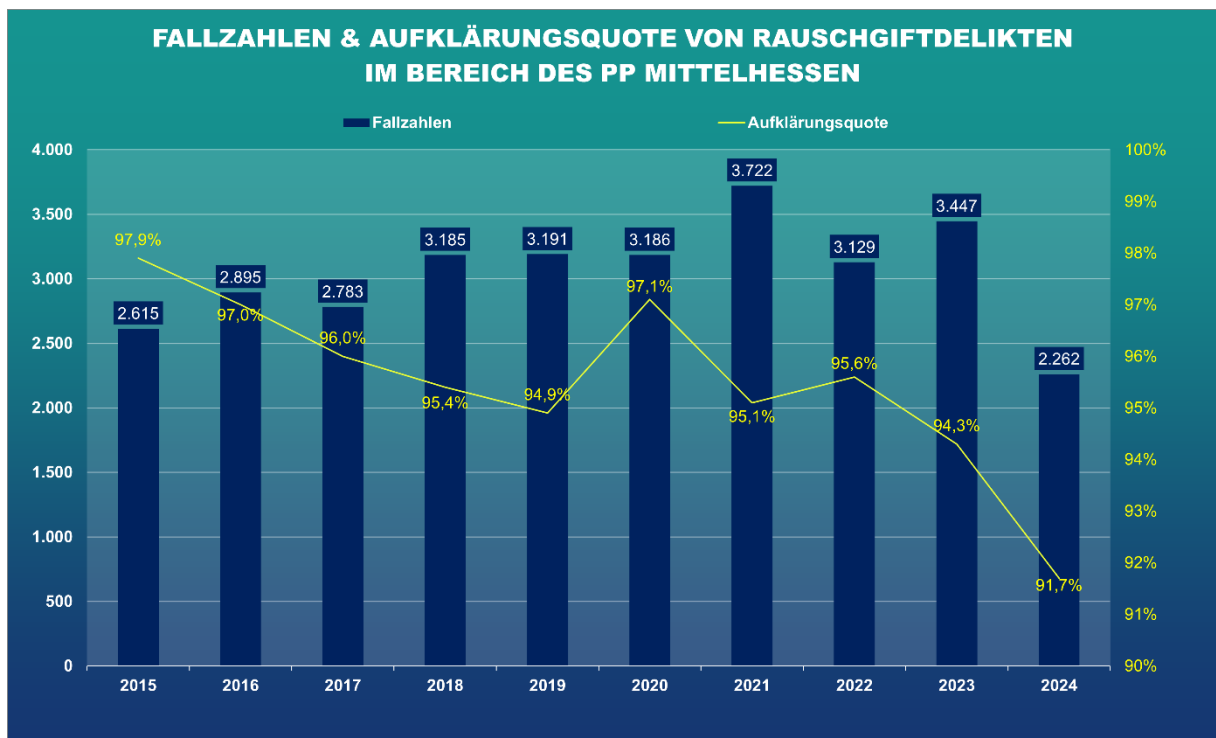
Für den Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte stellt das Polizeipräsidium Mittelhessen einen Rückgang von 498 Taten (-5,6 %) im Jahr 2024 fest.

Die insgesamt 8.410 registrierten Taten umfassen unter anderem den Waren- und Warenkreditbetrug mit 2.334 Straftaten (-111), Tankbetrügereien mit 1.019 Taten (+26), 621 erfasster Fälle Erschleichen von Leistungen (-209) sowie 1.222 erfasste Taten unter Verwendung rechtswidrig erlangter Zahlungskarten (+138).

Ein Erklärungsansatz für die zurückgegangenen Fallzahlen in der Gesamtbetrachtung der Vermögensdelikte sind getroffene Absprachen mit der Staatsanwaltschaft zur Vereinfachung der Bearbeitung der genannten Delikte. Unklare oder niederschwellige Sachverhalte werden nicht mehr als Strafanzeigen erfasst, sondern durch eine Clearingstelle einer vorgelagerten Prüfung unterzogen. Zudem wurden 2024 mehr Cybertrading - Betrugsverfahren geführt, die einen extrem hohen Ermittlungsaufwand mit sich bringen.

Nach wie vor werden insbesondere ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger Opfer von Straftaten durch sogenannte Schockanrufer, Anrufe falscher Polizeibeamter oder durch den bekannten Enkeltrickanruf. Nicht selten sind dabei hohe Vermögensschäden zu verzeichnen. „Es ist eine gemeinsame Aufgabe von uns allen, ob Jung oder Alt, aufeinander zu achten und dabei auf möglicherweise weniger wehrhafte Mitglieder unserer Gesellschaft besonders zu achten. Passen Sie aufeinander auf und unterstützen sich gegenseitig“, so **Polizeipräsident Krückemeier**.

Gesetzesänderung führt zu deutlichem Rückgang erfasster Rauschgiftdelikte



Mit Inkrafttreten des neuen Cannabisgesetzes (CanG) bzw. des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) in Deutschland verzeichnet unser Präsidium einen Rückgang der Rauschgiftkriminalität um rund 33 Prozent, insbesondere im Bereich des Besitzes von Cannabis. Dies ist vor allem auf die neuen Regelungen zurückzuführen, die den privaten Besitz und Anbau von Cannabis unter bestimmten Voraussetzungen legalisieren. So dürfen Erwachsene nun bis zu 25 Gramm Cannabis

für den Eigenbedarf besitzen und bis zu drei Pflanzen zu Hause anbauen. Auch der medizinische Gebrauch von Cannabis wird unter bestimmten Voraussetzungen weiter ausgebaut und erleichtert.

„Trotz dieses deutlichen Rückgangs in den registrierten Delikten bedeutet die Legalisierung jedoch keine Arbeitersparnis für die Ermittlerinnen und Ermittler in den Rauschgiftkommissariaten. Die Ermittlungen in Bezug auf den Besitz über der erlaubten Menge, den Anbau oder den Handel mit Cannabis müssen nach wie vor sorgfältig durchgeführt werden. Auch wenn der Konsum im privaten Bereich nun gesetzlich zulässig ist, müssen alle Ermittlungsverfahren, die die gesetzlichen Grenzen überschreiten – wie etwa der Handel oder der Anbau in größerem Umfang – weiterhin geprüft und den Staatsanwaltschaften zur Entscheidung vorgelegt werden“, erklärt **Polizeipräsident Krückemeier** und macht weiterhin deutlich: „Dies bedeutet, dass der Ermittlungsaufwand in den Kommissariaten unverändert hoch bleibt, da jeder Fall individuell geprüft und bearbeitet wird, insbesondere um sicherzustellen, dass keine strafbaren Handlungen übersehen werden“.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Das Polizeipräsidium Mittelhessen ist für knapp 1,1 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner (17,1 %) in Hessen zuständig. Bei Betrachtung der Fallzahlen aus 2024 für den Bereich der PMK entfallen 16,4 % (730 Fälle) der hessenweit erfassten Taten auf das PP Mittelhessen. Im Jahr 2023 wurden mit 459 Straftaten noch 13,4 % der hessenweit erfassten Straftaten im Bereich PMK in Mittelhessen verübt.

Den Großteil der in 2024 erfassten Straftaten machen Propagandadelikte mit 261 Taten (35,7 %) sowie Sachbeschädigungen mit 166 Taten (22,7 %) und Volksverhetzung mit 124 Taten (16,9 %) aus.

Die deutliche Steigerung der Sachbeschädigungen (2023: 98, 2022: 40) ist zum größten Teil auf eine Vielzahl von Sachbeschädigungen von Wahlplakaten im Lahn-Dill-Kreis zurückzuführen, die im Zusammenhang mit der Landratswahl im Jahr 2024 aufgehängt wurden.

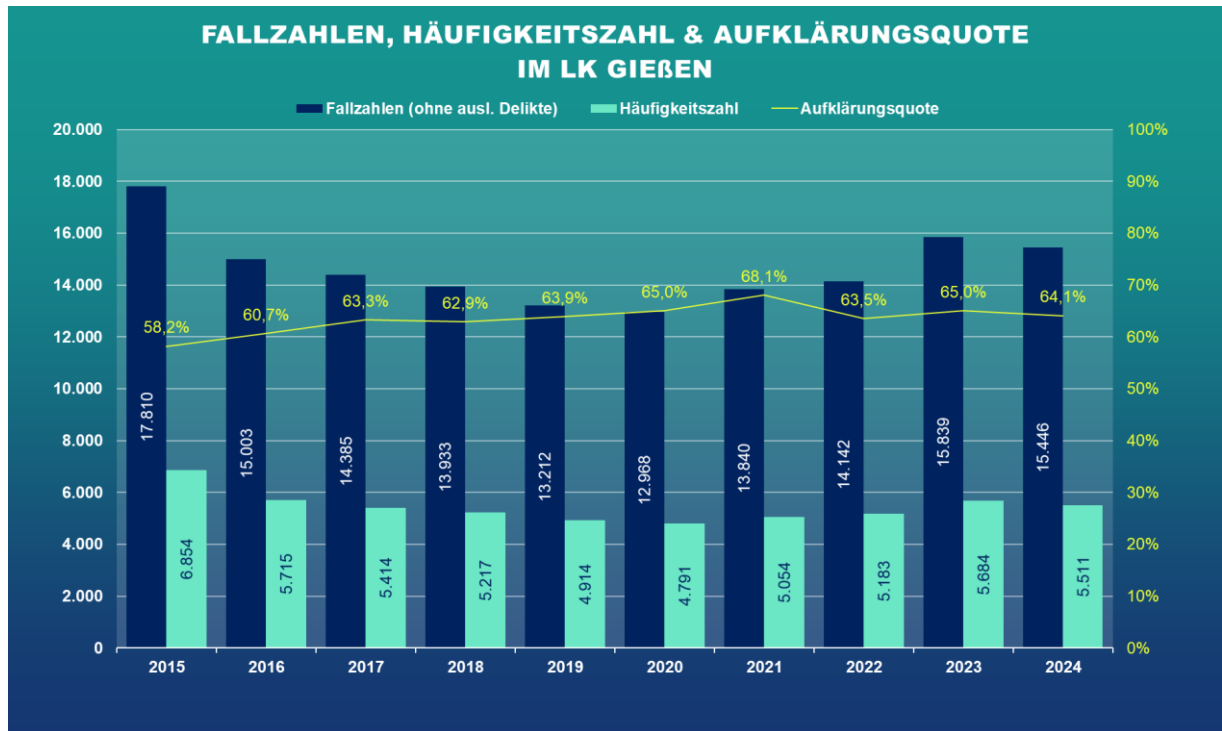
Eine deutliche Zunahme ist in Mittelhessen im Bereich PMK -rechts- mit einem Zuwachs von 181 Fällen festzustellen (2024: 403). Hessenweit erfolgte ebenfalls eine Steigerung der erfassten Taten im Bereich PMK -rechts- um 57,2 %. Die erfassten mittelhessischen Propagandadelikte im Bereich PMK -rechts- stiegen um 95,8 Prozentpunkte auf 233 erfasste Taten (2023: 119, 2022: 102).

Im Jahr 2024 wurden insgesamt 47 Fälle antisemitischer Straftaten im Bereich des Polizeipräsidiums Mittelhessen registriert, folglich wurden 13,1 % der hessenweit erfassten Fälle im Bereich Mittelhessen registriert.

Unter Federführung beziehungsweise Beteiligung der dem Hessischen Landeskriminalamt angesiedelten BAO Hessen R wurden im zurückliegenden Jahr 2024 sieben Durchsuchungsbeschlüsse in Mittelhessen vollstreckt. Dabei wurden 47 Gegenstände (z. B. Waffen, Mobiltelefone und elektronische Speichermedien), sowie rund 10.000 Schuss Munition sichergestellt. Bei diesen sieben Durchsuchungen konnten elf scharfe Schusswaffen, sechs Schreckschuss/Reizstoff/Signalwaffen bzw.

sonstige Schusswaffen sowie drei Stich-/Hieb Waffen sichergestellt werden. Gegen zwei Angehörige der Szene der „Reichsbürger- und Selbstverwalter“ wurden in Mittelhessen insgesamt 3 Durchsuchungsbeschlüsse im Jahr 2024 vollstreckt. Dabei wurden unter anderem elf scharfe Schusswaffen, sechs Schreckschuss/Reizstoff/Signalwaffen bzw. sonstige Schusswaffen, eine Stichwaffe, sowie rund 10.000 Schuss Munition sichergestellt

Landkreis und Stadt Gießen



Die Anzahl der Straftaten (ohne ausländerrechtliche Straftaten) im Landkreis Gießen, inklusive der Stadt Gießen, sind im Jahr 2024 um 339 auf 15.446 (-2,5 %) leicht gesunken. Die Aufklärungsquote liegt 2024 bei 64,1 Prozent und ist trotz minimalem Rückgang auf einem weiterhin hohen Niveau. Im Vergleich zu den letzten zehn Jahren ist dies der dritthöchste Wert.

Der Fallrückgang im Jahr 2024 ergibt sich hauptsächlich aus den Diebstahlsdelikten an/aus Kraftfahrzeugen (2024: 472, -307) und in/aus Kraftfahrzeugen (2024: 297, -260). Nachdem schon in 2023 bei Fahrraddiebstählen einen Rückgang um 12,4 Prozentpunkten zu verzeichnen war, ist auch in 2024 ein leichter Rückgang um 1,2 % festzustellen.

Im Bereich der Sachbeschädigung wurden weniger Straftaten (2024: 1330, -79) als im Jahr 2023 registriert. Auch im Bereich der Bedrohung konnte nach einer Fallsteigerung in 2023 (+129) wieder ein leichter Rückgang in 2024 (-32) beobachtet werden.

Insgesamt konnten bei Vermögens- und Fälschungsdelikten 344 Fälle (11,1 %) weniger als im Vorjahr erfasst werden. Dies ist insbesondere auf den Rückgang von 265 Taten im Bereich des Leistungsbetrugs zurückzuführen (2024: 36, 2023: 394). Durch ein im Jahr 2023 geführtes Ermittlungsverfahren der Kriminalpolizei gegen ein

Gießener Unternehmen wurden daraus folgend 300 Taten im Deliktsfeld des Leistungsbetrugs in der PKS 2023 erfasst, was den großen Rückgang der registrierten Taten im Jahr 2024 begründet.

Während bei der Gewaltkriminalität in 2023 noch ein leichter Rückgang von 4,1 Prozentpunkten von 655 auf 628 Fälle bei gleichbleibend hoher Aufklärungsquote zu verzeichnen war, ist in 2024 eine Steigerung um 114 Fälle zu beobachten.

Auf die Stadt Gießen entfallen im Vorjahresvergleich 65,3 Prozentpunkte der registrierten Gesamtstraftaten. In der Stadt Gießen wurden im letzten Jahr 10.089 Straftaten (ohne ausländerrechtliche Taten) registriert. Das ist, gegenüber 2023, ein Anstieg von 2,1 %. In 2024 wurden in der Stadt Gießen 184 Fälle Ladendiebstahl (2023: 1195, 2024: 1379) mehr als im Vorjahr registriert. Dies kann unter anderem auf eine erhöhte Polizeipräsenz und damit einhergehend verstärkte Kontrollmaßnahmen im Rahmen der Innenstadtoffensive zurückgeführt werden.

Weiter wurde, insbesondere in der Stadt Gießen, die sichtbare Präsenz und die damit einhergehenden Kontrollmaßnahmen durch das Innenstadtkonzept „Sicheres Gießen“ intensiviert. Dies führte neben einer Steigerung der Kontrolldelikte und einer Zunahme der Aufklärung von Straftaten, ebenfalls zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger.

Insbesondere durch die drei bestehenden Videoschutzanlagen am Bahnhofsvorplatz, Marktplatz und am „Dreieck Walltorstraße“ konnten eine Vielzahl von Ermittlungserfolgen verzeichnet werden. Darüber hinaus bestätigen viele Stimmen aus der Bevölkerung und von Gewerbetreibenden die positiven Wirkungen der Videoschutzanlagen auf ihr Sicherheitsempfinden. Auch im Jahr 2025 ist es Ziel, durch gezielte Maßnahmen diese erfolgreiche Arbeit fortzuführen und weiter voranzutreiben.

Die durch Bürgerinnen und Bürger geäußerten Sorgen in Bezug auf die als „Angstraum“ bezeichneten Örtlichkeiten Kirchen- und Lindenplatz werden von polizeilicher Seite wahr- und ernstgenommen. Die subjektive Wahrnehmung eines Ortes als sog. "Angstraum" ist von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst, z. B. durch die Dunkelheit, das Gefühl der Isolation, unsichere oder bedrohliche Situationen oder eigene negative Erfahrungen, die an diesem Ort gemacht wurden. Auch die Art und Weise, wie diese Örtlichkeit von anderen dargestellt wird, hat einen wichtigen Einfluss darauf, ob negative Gefühle mit ihr assoziiert werden.

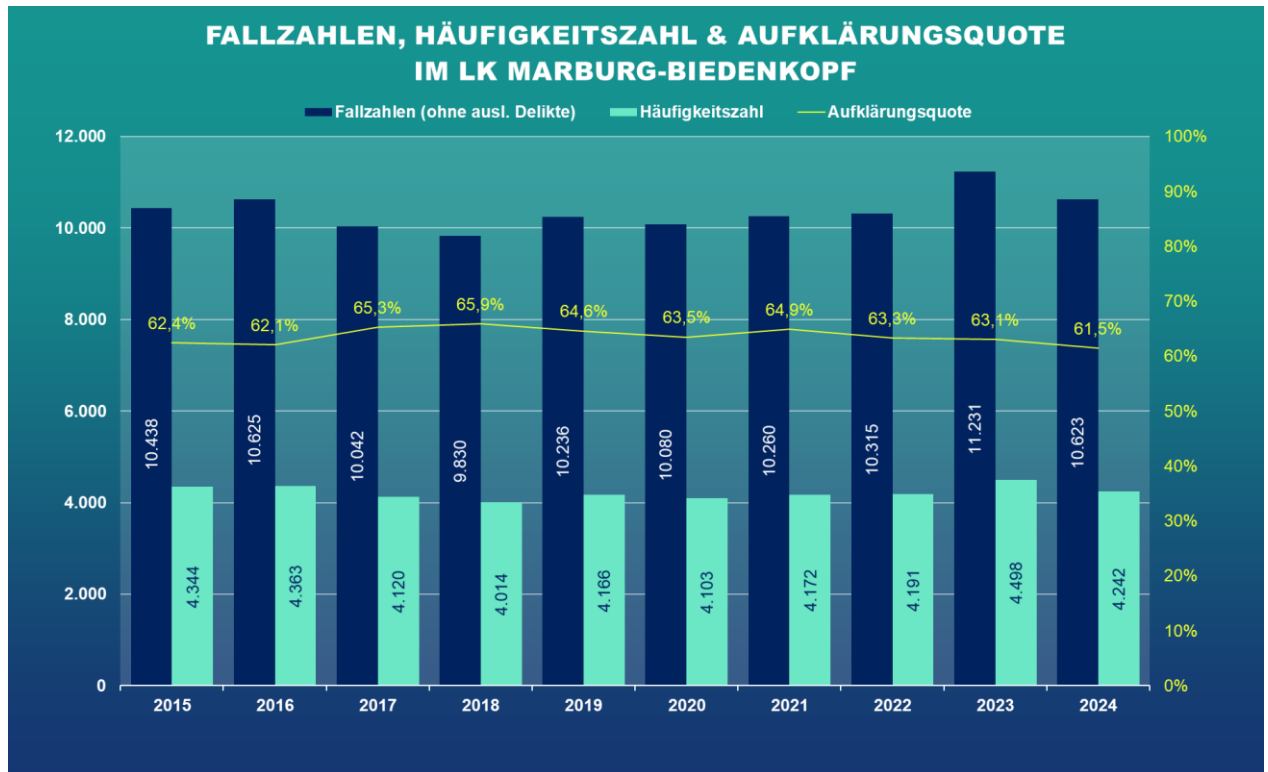
Die Örtlichkeiten Kirchen- und Lindenplatz sind stark frequentiert und werden unter anderem als Treffpunkt von Personen aus unterschiedlichen sozialen Schichten genutzt. Unter anderem die Nutzung als Örtlichkeit zum Konsumieren berauschender Mittel wird von Anwohnenden, Geschäftsbetreibenden und Passanten als unangenehm, wenn nicht gar als gefährlich empfunden.

Durch die bereits oben beschriebene verstärkte Kontrolltätigkeit konnten an den Örtlichkeiten Kirchen- und Lindenplatz viele Festnahmen direkt bei der Tatbeobachtung durchgeführt werden. Ein leichter Verdrängungseffekt ist derzeit festzustellen.

Für den Bereich Kirchen- und Lindenplatz ist durch die Stadt Gießen in Kooperation mit der Polizei die Errichtung einer weiteren Videoschutzanlage für im Jahr 2025 geplant, um das Sicherheitsgefühl weiter zu stärken.

„Ich möchte mich daher bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizeidirektion Gießen für deren Engagement, das oftmals über den üblichen Dienstbetrieb hinausgeht, bedanken. Ohne diesen Einsatz wären solche guten Ergebnisse nicht zu erreichen.“ so der Leiter der Gießener Polizeidirektion, Florian Steinkopf.

Landkreis Marburg-Biedenkopf



Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf wurden im Jahr 2024 insgesamt 10.623 Straftaten registriert. Das bedeutet einen Rückgang von 608 Fällen (-5,4 %). Insgesamt konnten 61,5 % der Straftaten aufgeklärt werden, was einem Rückgang von 1,6 % entspricht.

Im Bereich der Diebstahlsdelikte ist ein leichter Rückgang von 3.573 (2023) auf 3.435 Straftaten im Jahr 2024 (-3,9 %) zu verzeichnen. Besonders positiv ist ein deutlicher Rückgang an Wohnungseinbrüchen von 175 Delikten im Jahr 2023 auf 95 Fälle (-45 %) im Jahr 2024. Im Jahr 2023 kam es zu einer größeren Serie von Wohnungseinbrüchen, bei deren Aufklärung in der Folge die Tatverdächtigen ermittelt und verhaftet werden konnten.

Rückgänge sind mit 22 % (156 Fälle im Jahr 2023 zu 121 Fällen im Jahr 2024) auch bei den Taschendiebstählen und mit 13,6 % bei den Fahrraddiebstählen (324 im Jahr 2023 zu 280 im Jahr 2024) feststellbar. Dieser Rückgang ist auch auf die Präventionsarbeit der Polizei der Polizeidirektion Marburg-Biedenkopf zurückzuführen.

Positiv hervorzuheben sind die rückläufigen Verstöße gegen das Waffengesetz um 33,1 %, bei einer Fallzahl von 118 Fällen im Jahr 2023 zu 79 Straftaten im Jahr 2024.

Bei den registrierten Rauschgiftkriminalität ist in 2024 ein signifikanter Rückgang von 1.079 auf 611 Straftaten (-377 Delikte, -34,9 %) festzustellen. Die deutlichen Veränderungen bei diesem klassischen Kontrolldelikt sind u. a. auf die Cannabis-Teillegalisierung und die neuen rechtlichen Regelungen des Cannabisgesetzes (CanG) bzw. des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) zurückzuführen.

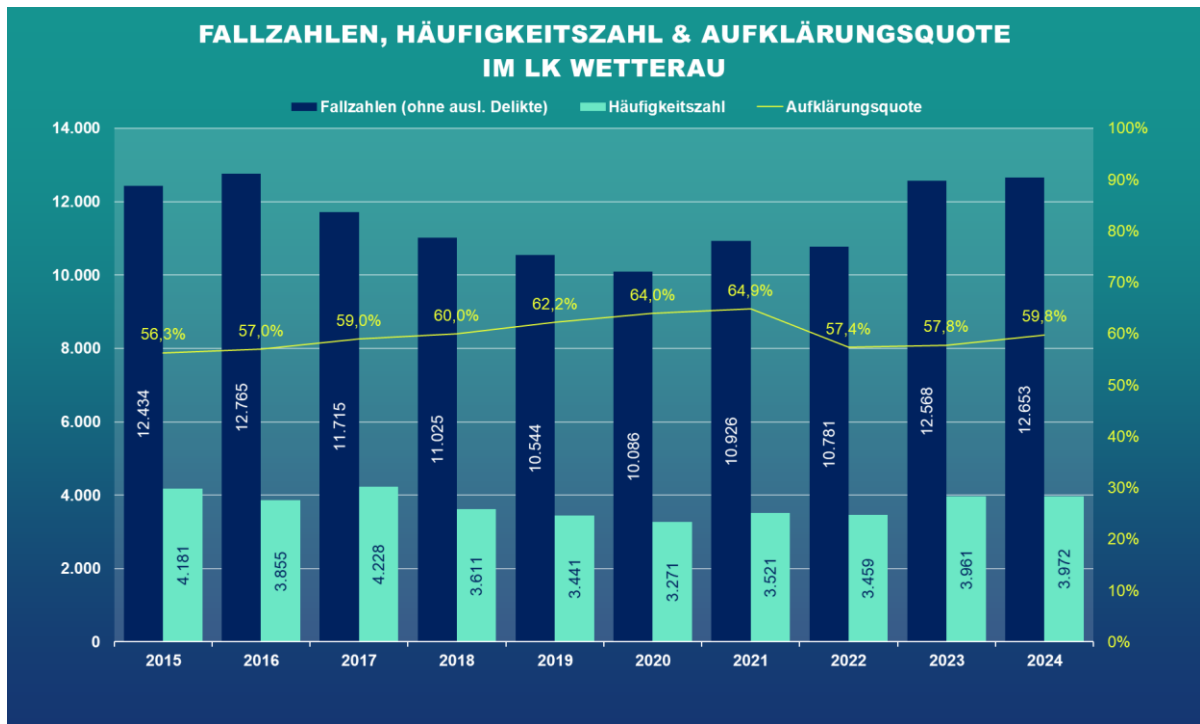
Im Bereich der Cyberkriminalität muss dagegen erneut eine Steigerung um 27 % von 224 Fällen im Jahr 2023 auf 285 Straftaten im Jahr 2024 konstatiert werden. Hintergrund sind die stetig ansteigende Nutzung des Internets und die Anzeigenerstattung über die Online-Wache.

Im Jahr 2024 wurden bei Vermögens- und Fälschungsdelikten Schäden in Höhe von fast 3,5 Millionen Euro verursacht. Schwerpunkt ist der Bereich der Waren- und Warenkreditbetrügereien mit einer Schadenshöhe von 1,9 Millionen Euro.

Der PKS-Summenschlüssel „Straßenkriminalität“ fasst besondere Straftaten im öffentlichen Bereich, wie z. B. Diebstahlsdelikte, Raubüberfälle, gefährliche sowie schwere Körperverletzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen, zusammen. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind die Fälle der Straßenkriminalität um 9,6 % rückläufig (2023: 1.773, 2024: 1.602). Allein für die Universitätsstadt Marburg (mit stadtangrenzenden Ortsteilen) ist hier ein erfreulicher Rückgang von 1.051 (2023) auf 859 (2024) zu verzeichnen.

Die fortdauernden präventiven und repressiven Maßnahmen des Projekts „Sichere Innenstädte“ und die Innenstadtoffensiven zeigen eine positive Wirkung bei der Straftatenentwicklung im öffentlichen Bereich.

Wetteraukreis



Die Polizeidirektion Wetterau verzeichnet für das Jahr 2024 mit 12.653 registrierten Fällen (ohne ausländerrechtliche Verstöße) einen leichten Anstieg von Straftaten. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies ein Anstieg 85 registrierter Fälle. Die Aufklärungsquote konnte dafür um zwei Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf nahezu 60 Prozent gesteigert werden. Die Häufigkeitszahl liegt mit 3.972 weiter deutlich unter dem mittelhessischen Schnitt. Besonders auffällig stellen sich die Zahlen im Bereich der Hehlerei dar. Hier ist im Wetteraukreis mit einem Plus von 221 Fällen eine Zunahme von +128,5 Prozent zu verzeichnen. 190 der erfassten Straftaten stammen aus einem Ermittlungskomplex wegen gewerbsmäßiger Hehlerei gegen zwei Personen.

Erfolge sind bei der Bekämpfung des Diebstahles unter erschwerten Umständen aus Kraftfahrzeugen zu verzeichnen. Mit verstärkter polizeilicher Präventionsarbeit und großem Engagement der örtlichen Polizeidienststellen erzielte die Wetterauer Polizei eine deutliche Senkung der Fallzahlen von 424 auf 292 (-31,1 %). Auch im Bereich des Taschendiebstahls konnte eine beachtliche Senkung der Fallzahlen von 111 auf 76 (-31,5 %) erreicht werden.

Der Wohnungseinbruch beschäftigt die Polizeidirektion Wetterau weiterhin stark.

Im Jahr 2023 wurden 343 Fälle registriert, dieser Wert stieg im Jahr 2024 bedauerlicherweise auf 381 Fälle (+11,1 %), er liegt damit aber im 10-Jahresvergleich der Polizeidirektion Wetterau noch im mittleren Aufkommensbereich. Im Vergleich zu den anderen Landkreisen in Mittelhessen sind die Bürgerinnen und Bürger der Wetterau vom Wohnungseinbruch seit jeher besonders betroffen, was u. a. von den angrenzenden Autobahnen und der Nähe zum Ballungsraum Rhein-Main begünstigt wird. Die Aufklärungsquote wiederum konnte erfreulicherweise im Vergleich zum

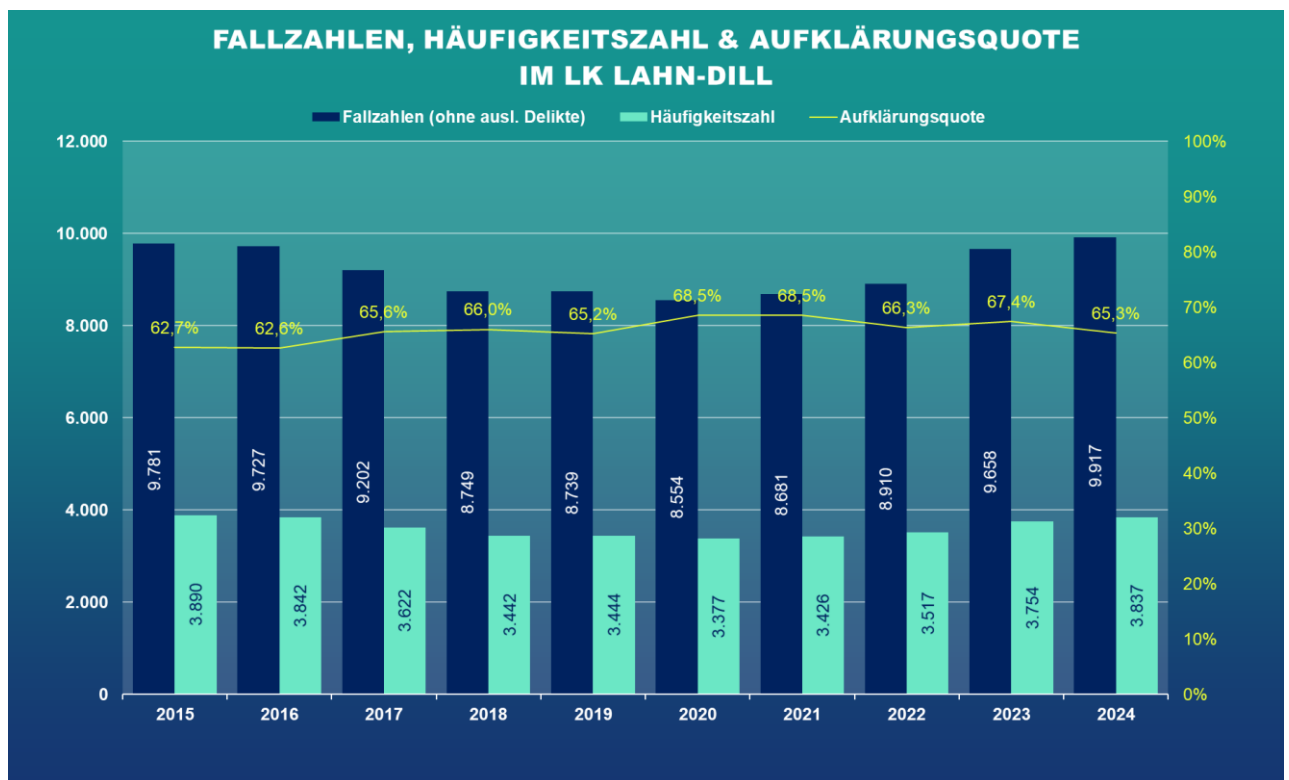
Vorjahr um 13,5 Prozentpunkte auf nunmehr 31 % gesteigert werden, was im mittelhessischen Vergleich einen Spitzenwert darstellt.

Im Bereich der Rauschgiftkriminalität fiel die Fallzahl um 26,9 % von 616 auf 450 registrierte Verstöße zurück. Dies ist auch auf die Einführung des neuen Cannabisgesetzes (CanG) bzw. des Konsumcannabisgesetzes (KCanG) zurückzuführen, denn die Verstöße mit Cannabis gingen um 102 Fälle zurück, (Rückgang von 39,8 %). Während im letzten Jahr ein Anstieg bei der sogenannten Straßenkriminalität festgestellt werden musste, worunter u. a. auch Diebstahls- und Raubdelikte im öffentlichen Raum subsumiert werden, kann ein leichter Rückgang in diesem Deliktsfeld mit -9,1 % verzeichnet werden.

Die Fälle von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind leicht zurückgegangen, befinden sich aber mit 476 Fällen nach wie vor auf einem hohen Niveau. Sie werden zentral von dem ZK Fokus in Gießen bearbeitet.

Beunruhigend ist nach wie vor die Entwicklung bei der Gewalt gegen Einsatzkräfte. Es ist zwar ein leichter Rückgang festzustellen, jedoch mit 46 Fällen weiterhin auf einem hohen Niveau.

Lahn-Dill-Kreis



Im Bereich der Polizeidirektion Lahn-Dill wurden im mittelhessischen Vergleich die wenigsten Straftaten verübt. Obwohl die Gesamtzahl der registrierten Straftaten um 2,7 % angestiegen ist, liegt diese mit nunmehr 9.917 (2023: 9.658) nach wie vor auf einem niedrigen Niveau. Die Häufigkeitszahl lag im Jahr 2024 bei 3.837 (2023: 3.754). Demzufolge ist der Lahn-Dill-Kreis erneut der sicherste Landkreis in Mittelhessen.

Trotz des leichten Rückgangs der Aufklärungsquote von 2,1 Prozentpunkten spiegelt sich die erfolgreiche Ermittlungsarbeit im Lahn-Dill-Kreis mit einer nach wie vor sehr guten Aufklärungsquote (ohne Berücksichtigung spezieller ausländerrechtlicher Delikte – u. a. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz oder Asylgesetz) von 65,3 % (2023: 67,4 %) wider.

Der Rückgang der AQ im Vergleich zum Vorjahr kann im Wesentlichen durch den Rückgang zweier aufklärungsstarker Delikte begründet werden.

Im Bereich der Rauschgiftkriminalität ist ein signifikanter Rückgang der Fallzahlen von 49,5 % auf 382 Fälle (2023: 756 Fälle) zu verzeichnen. Eine Ursache hierfür dürfte insbesondere im Bereich der Teillegalisierung von Cannabis im Frühjahr 2024 liegen. Auch im Bereich der Beförderungerschleichung war ein signifikanter Rückgang von 74 auf nunmehr insgesamt 40 Taten (-64,9 %; 2023: 114) festzustellen.

Trotz insgesamt niedriger Fallzahlen, weist die PKS für den Lahn-Dill-Kreis für das Jahr 2024 die Besonderheit von fünf Morden auf (2023: 1), davon vier Mordversuche. Bei dem einzigen vollendeten Mord handelt es sich um das Tötungsdelikt zum Nachteil einer 26-jährigen Frau aus Dillenburg, welches polizeilich von einer kräfteintensiven Arbeitsgruppe bearbeitet wurde und aktuell vor dem Landgericht in Limburg verhandelt wird.

Im Bereich des Totschlags ist eine Zunahme auf nunmehr neun Fälle zu verzeichnen (2023: 2). Alle neun Fälle wurden nicht vollendet – es blieb insofern bei versuchten Totschlägen. Sowohl bei den erfassten Mord- als auch bei den Totschlagsdelikten lag die Aufklärungsquote bei 100 Prozent.

Der gesamtgesellschaftlich wahrnehmbare Trend bei der Zunahme der Gewaltdelikte zeigt sich auch im Lahn-Dill-Kreis. Eine Zunahme um 11,4 % auf nunmehr 1.925 Fälle (2023: 1.728) weisen die sogenannten Rohheitsdelikte auf. Hiervon machen die Körperverletzungen mit 1.189 Fällen (2023: 1.065) den größten Anteil aus. Auch der Bereich der Bedrohungen trägt zu dieser Steigerung bei. Während in 2023 insgesamt 421 Bedrohungen registriert wurden, sind es nun 60 Fälle mehr (Zunahme um 14,3 %). Der Anstieg von Fällen der Beleidigungen um 23,3 % (2024: 450) zeigen ebenfalls den Trend eines zunehmend respektloseren gesellschaftlichen Miteinanders.

Ein Anstieg um 18,8 % (2023: 112; 2024: 133) ist außerdem bei Verstößen gegen das Waffengesetz zu verzeichnen. Um diesem Trend entgegenzusteuern, wird derzeit landesweit über die Möglichkeit der Einrichtung von Waffenverbotszonen, auch im Bereich der Polizeidirektion Lahn-Dill, diskutiert.

Besorgniserregend sind ferner die registrierten Angriffe/Widerstandshandlungen gegen Einsatzkräfte. War hier bereits in den Vorjahren ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen (2022: 37; 2023: 66) liegt die Fallzahl nun bei 77. Dies stellt eine Zunahme von 16,7 % dar.

Der Anstieg der Fallzahlen in den Diebstahlsdelikten von 2.719 (2023) auf 3.055 (2024) verteilt sich grundsätzlich auf alle Begehungsformen des Diebstahls, allerdings

sticht im Bereich des Diebstahls ohne erschwerte Umstände der Ladendiebstahl mit einer Zunahme von 122 Fällen auf nunmehr 937 Fälle heraus (+15 %).

Informationen zu Tatverdächtigen

Während 2023 noch 26.730 Personen mindestens ein Mal in Erscheinung traten, stieg die Anzahl im Jahr 2024 weiter auf 35.153 Personen an. Dies ist auf die gestiegenen Straftaten, insbesondere die ausländerrechtlichen Taten, zurückzuführen. Ohne die ausländerrechtlichen Delikte waren es im vergangenen Jahr 22.328 Tatverdächtige (2023: 22.692).

8.300 aller Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche. Dies macht einen Anteil von 37,2 % (2023: 34,1 %) aller 22.328 erfassten Tatverdächtigen im Jahr 2024 aus. Ausländerrechtliche Verstöße wurden bei den vorgenannten Zahlen nicht berücksichtigt. 14,6 % der Tatverdächtigen sind Zuwanderer (2023: 13 %)

Diagramme aller Tatverdächtigen (ohne ausländerrechtliche Verstöße)

